

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:

monatlich Ks 16.—
vierteljährlich 48.—
halbjährig 96.—
jährlich 192.—

Rückstellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einstellung der Retourkarten.

Erscheint mit Ausnahme des Montags täglich früh.

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlass.

4. Jahrgang.

Mittwoch, 26. November 1924.

Nr. 277.

Italiens Krise.

Von unserem italienischen Korrespondenten.

Obwohl in weiten Kreisen des Landes die Empfindung verbreitet ist, daß die italienische Situation unaufhaltsam auf eine Katastrophe hinführt, ist eine unblutige Beilegung des Konfliktes durchaus nicht ausgeschlossen.

Die Faschisten sagen: es besteht überhaupt kein Konflikt, alles ist in schönster Ordnung. Wenn die Kammer ohne die Opposition tagt, so ist das eine von den Feinden des Faschismus gewollte Sabotierung des parlamentarischen Institutes, die aber deshalb mißgelingen mußte, weil die Kammer auch ohne die Opposition völlig beschlußfähig ist. Die parlamentarischen Arbeiten würden sich in Abwesenheit der Opposition besser vollziehen als in ihrem Beisein. Das Land sei in jeder Beziehung mit Frieden und Wohlstand gesegnet. Wenn es überhaupt eine Opposition gebe, so bestehe sie aus den Rädern und den Ausgeschlossenen des neuen Regimes.

Diese Lesart hat den Nachteil, daß die Faschisten selbst nicht an sie glauben. Sie sind von einer Art nervöser Angst beherrscht, wie es etwa ein Mensch sein würde, dem sein Schatten abhanden gekommen ist. Ihnen ist unheimlich zu Mute. Denn sie fühlen dunkel, ohne es auf eine moralische Formel bringen zu können, die hohe ethische Bedeutung der Sezession der nicht-faschistischen Parteien. Die ganze Situation ist ja so ungeheuer klar und einfach, sobald man nur nicht absichtlich die Augen schließt, um sie nicht zu sehen. Ein Abgeordneter der Opposition ist ermordet worden, und zwar wegen seiner Haltung im Parlament. Die Mörder gehören der herrschenden Partei an, standen in engster Beziehung zur Regierung und handelten im Auftrage und mit den Geldmitteln der faschistischen Partei. Als diese Tatsache an die Öffentlichkeit trat, mußte das Ministerium Mussolini demissionieren; das forderten die parlamentarischen Gepflogenheiten und der elementarste politische Anstand. Noch nie und in keinem Lande ist ein Kabinett am Ruder geblieben, gegen das die öffentliche Meinung des In- und Auslandes die Anklage der Mitschuld an einem Morde erhoben hätte. Mussolini ist geblieben und seine Regierung hält ihr wachsameres Auge über der Voruntersuchung des Prozesses Matteotti. Die einzige Form des Protestes gegen diese Unannehmlichkeit lag in dem Fernbleiben der Opposition, nämlich all der Parteien, für deren parlamentarische Rechte in Matteotti ein Nutzen entstanden war.

Heute, wo die Kammer ohne Opposition tagt, finden in ihr natürlich die Konflikte des Landes keinen Widerhall. Auf der andern Seite kümmert sich die Oppositionspresse; die etwa die zehnfache Verbreitung der faschistischen Presse hat, nicht um die Kammer. Das ist, vom Standpunkte der Regierung gesehen, sehr bequem, aber es ist unheimlich.

Die ungeheure Mehrheit der Italiener ist des faschistischen Regimes müde und übermüde. Sie hat keinen legalen Weg, diese Tatsache zum Ausdruck zu bringen. Die Presse untersteht der Zensur, die anfallsweise ein Massenabklachten der Oppositionsblätter inkubiert. Versammlungen sind verboten, ja sogar private Zusammenkünfte von einem Duzend Menschen werden gelegentlich als „Verschwörungen“ gegen das Regime“ ausgehoben. Das Koalitionsrecht besteht nur für die Faschisten. Nun lebt die Regierung, wie jede Diktatur, in dem Wahne, daß die Unterdrückung der Meinung der Unzufriedenheit ihre Herrschaft festige. Aber außerdem bezweckt die Gewalttätigkeit der Faschisten sicher etwas anderes. Man will die Opposition von dem Wege der Öffentlichkeit abdrängen.

Der ewige, eingeborene Zwiespalt des Faschismus kommt hier wieder zum Ausdruck. Man will legal sein, denn man will behalten was man hat: die Regierungsmacht, mit ihren Vergünstigungen und ihren materiellen Erträgen, und jede Regierung hat den Instinkt der

Entspannung in Aegypten.

Anrufung des Völkerbundes durch das ägyptische Parlament. —
Kein Belagerungszustand.

London, 25. November. „Times“ melden aus Kairo, daß der Senat und die Kammer spät nachts den Vorkant des Protestes an die Parlamente der Welt gegen Großbritanniens Handlungen genehmigte, die ungerecht und hart sind, obwohl Aegypten alles getan habe, was möglich war, um die britischen Forderungen zu befriedigen.

Das Parlament einigte sich ferner auf einen Protest, in welchem der Völkerbund ersucht wird, im Namen des friedlichen ägyptischen Volkes im Konflikt mit England zu vermitteln, und in dem betont wird, daß Aegypten und der Sudan vollständig selbständig und unteilbar sind.

London, 24. November. (Dana.) Wie das Reutersche Bureau meldet, ist die Situation in Aegypten unverändert. An eine Proklamierung des Belagerungszustandes wird gegenwärtig nicht gedacht.

Ungeheure Parteizersplitterung in Deutschland.

In Berlin 25 Wahlgruppen.

Berlin, 25. November. (Eigenbericht.) Die ungeheure Parteizersplitterung in Deutschland macht immer noch weitere Fortschritte. Während am 4. Mai der Berliner Wähler auf seinem Stimmzettel 17 Listen hatte, mußte diesmal nicht weniger als 25 Reihewahlvorschläge zugelassen werden. Die Reihenfolge der Parteien richtet sich diesmal nach der Anzahl der bei der letzten Wahl erhaltenen Stimmen, so daß die sozialdemokratische Partei Deutschlands auf der Wahlliste an erster Stelle steht. Es folgen dann die Deutschnationalen, das Zentrum, die Kommunisten, die Deutsche Volkspartei, die nationalsozialistische Freiheitspartei, die Demokraten und die Bahrische Volkspartei. Die übrigen angemeldeten Gruppen

Selbstbehauptung durch Legalität. Gleichzeitig aber kann der Faschismus den Geist der Illegalität, dem er seine Machtstellung verdankt, nicht abstreifen und nicht zum Schweigen bringen. Die Intoleranz gegen jeden Gegner ist ihm eingeboren. Der Faschismus in den Provinzen hält sich heute nur, solange er Gewalt anwendet.

Die neueste Sturzflut faschistischer Gewalt ist durch die Haltung der Kriegsteilnehmer und der Kriegsinvaliden entsetzt worden, die es abgelehnt haben, an den Feiern für den Marsch auf Rom teilzunehmen. Als dann am 4. November, dem Tage des Siegesfestes, die Kriegsteilnehmer bei den Festtagen erschienen, wurden sie in vielen Orten von den Faschisten überfallen und mißhandelt. Dann folgte die übliche Verwüstung der Lokale des Verbandes der Kriegsteilnehmer und der Invaliden und schließlich sogar der Ausschluß ihrer Führer, der Abgeordneten Biola und Benzie di San Sebastiano, aus der faschistischen Partei. Bei all den wüsten Szenen dieser letzten Wochen hat sich die Polizei fast passiv verhalten.

Man kann sich des Eindruckes nicht erwehren, daß die Regierung die Absicht hat, die Bevölkerung bis zum Verlieren der Geduld und der Selbstbeherrschung zu reizen. Sie ist nicht so schwach, eine solche Mißwirtschaft der Ehren dulden zu müssen, wenn sie ihr nicht in den Arm packte. Der bequemste Ausweg aus der heutigen Lage wäre für die Regierung ein Verhalten der Opposition, das ein gewaltsames Vorgehen rechtfertigen könnte. Wenn heute Mussolini einen Vorwand fände, um Heer und Polizei gegen die Gegner des Faschismus zu

Der Sudan von den Aegyptern geräumt.

Kairo, 25. November. (Dana.) Die Evakuierung der ägyptischen Truppen im Sudan ist der Instruktion gemäß vorgenommen worden. Im ganzen Lande herrscht Ruhe. Die Atmosphäre ist viel besser; die Situation hat sich gefestigt.

Englische Parade in Kairo.

London, 25. November. Nach einer Reutermeldung aus Kairo hält die Besetzung der Lage in Aegypten an. Britische Truppen haben in den Straßen von Kairo heute wieder eine Parade abgehalten. Das neue Kabinett besteht aus Mohammedanern, Christen und Juden.

Flottenmaßnahmen.

Malta, 25. November. (Dana.) Zwei englische Kreuzer mit je 1200 Mann Besatzung sind in Aegypten gelandet, zwei weitere Kreuzer sind von Malta mit versiegelter Ordre in See gestochen. Es herrscht die Vermutung vor, daß sie ebenfalls nach Aegypten ausgefahren sind.

sind, meist unbedeutend und haben keine großen Chancen auf ein Mandat.

Die Kommunisten haben ihren Spitzenkandidaten Max Hötz, der sich besonders längt von den Kommunisten losgelöst hat, streichen müssen, da er als Zuchthausgefangener nicht wählbar ist und sonst ihre ganze Reichhaltigkeit ungenützt geblieben wäre. Die Deutschnationalen spielen sich in Flugblättern und Wahlreden als die Partei der Aufwertung der durch die Inflation verminderten Guthaben auf.

Die Taufe des J. N. III.

New York, 25. November. Wie aus Latehuru gemeldet wird, hat das Zeppelin-Luftschiff J.N. III die hiesige Flughafen heute vormittags 9.05 Uhr verlassen und in südwestlicher Richtung nach Bowlingfield-Washington Kurs genommen, wo er heute nachmittags von der Gemahlin des Präsidenten Coolidge auf den Namen „Los Angeles“ getauft werden wird.

gebrauchen, hätte er auf Jahre hinaus gewonnenes Spiel. Daher eine ausgiebige Lockspielei unter der Arbeiterchaft und auch unter den Studenten. Moskau hilft auch mit, indem es von den italienischen Kommunisten die Bildung eines Gegenparlamentes, die Schaffung der Arbeiter- und Soldatenräte und eine gewalttätige Aktion predigen läßt.

Daß Mussolini es für richtig befunden hat, in der Kammer Matteottis Andenken zu „ehren“, halten wir weniger für eine Provokation als für einen neuen Ausdruck des moralischen Zerfalls, an dem der Mann leidet. Unsere Parteifraktion hat während der „Ehrung“ einen Kranz roter Blumen am Lungotevere niedergelegt, mit der Inschrift „Zur Entzückung“. Faschisten, im Auto, haben den Kranz gestohlen. Im Hinblick auf Matteotti will uns dieser Diebstahl weniger kränkend erscheinen als die faschistische „Ehrung“.

Bei den Sitzungen, die in der Aula des Parlamentes stattfinden, sind nun die Faschisten unter sich. Aber sie sind längst keine Einheit mehr. Viele, die in gutem Glauben zur faschistischen Bewegung gekommen waren, wenden sich heute von ihr ab. Andere, die merken, daß die Sache brenzlich werden kann, suchen nach einem Notausgang. So hat auch die Larve des Parlamentes, die heute tagt, eine Opposition, trotz Fernbleibens des Oppositionsblocks und der Kommunisten. Giolitti hat erklärt, er ginge zur Opposition über, weil er gegen die Verfassungsreform und gegen die Friesche ist. Während die Kriegsinvaliden im letzten Augenblick sich noch einmal haben breitzuschlagen lassen, so daß sie am 15. ds. er-

Das Spiel mit dem Feuer.

Die Stellung Englands in Aegypten ist verfassungsmäßig wenn nicht unhaltbar, so doch recht unklar und kaum irgendwie moralisch zu rechtfertigen. England hat Aegypten unter seine Oberhoheit gebracht, weil es eines der raumvollreichsten Länder der Erde ist, das die englische Textilindustrie mit Rohstoffen versorgt, und weil es den Suezkanal und mit ihm den Weg nach Indien beherrscht. England konnte aber ein Land, das bis in den Anfang des vorigen Jahrhunderts hinein zum türkischen Reich gehörte und sich dann der Oberhoheit des Sultans soweit entzog, daß nur noch ein Schatten der türkischen Souveränität bestehen blieb, nicht einfach zu seiner Kolonie machen. Es besetzte Aegypten, brachte die wichtigsten militärischen Positionen in seine Hand und zwang nach geschehener Gewalttat der ägyptischen Regierung einige Verträge auf, die das als rechtmäßig hinstellten, war nur aus der militärischen Vorherrschaft der Briten erwuchs. So bildet Aegypten innerhalb des britischen Imperiums einen Bestandteil, der sich weder mit den Kolonien, noch mit den Dominionen, noch mit den sogenannten Kronländern vergleichen läßt. Sein Minister nimmt an der Reichskonferenz nicht teil und England hat eigentlich kein Mittel zur Verfügung, um die inneren Angelegenheiten Aegyptens zu beeinflussen. Es hilft sich so, daß es jede Veränderung, die in der ägyptischen Innenpolitik vor sich geht, als einen Verstoß gegen die Verträge anspricht und kraft seiner militärischen Machtmittel die Aegypten zur Annahme seiner Bedingungen zwingt.

Die nationale Bewegung, die in Aegypten seit dem Weltkrieg in stetem Anwachsen ist, hat die Lage außerst verschärft. Der Erfolg des irischen Freiheitskampfes, der für Irland eine fast gänzliche Loslösung aus dem britischen Reich bedeutete, ermutigte auch die Aegypten zu größerer Hartnäckigkeit. Unter Führung des arabischen Jagat ul Pascha begannen sie, Stück für Stück ihre Rechte beizuhalten und die englische Oberherrschaft abzubauen. Für Englands Weltstellung wäre der Verlust Aegyptens katastrophal. Solange Frankreich im Orient eine starke Position hat, solange Rußland eine imperialistische Politik macht und seine Hand weit nach dem Süden ausstreckt, bedeutet der Kampf um Aegypten zum Teil auch einen Kampf zwischen den europäischen Mächten und in ihm wollte Macdonald nicht die Karten aus der Hand geben, um sie nicht mutwillig Frankreich oder Rußland zuzuspielen. Er sah aber, daß die Herrschaft Englands

flärten, für das Kabinett zu stimmen, haben die Vertreter der Organisation der Kriegsteilnehmer (die als Mitglieder der Mehrheitsliste gewählt wurden) Stimmenthaltung beschlossen. Auch die zwei dissidenten Faschisten Ferni und Rocca werden gegen Mussolini stimmen. Da unter den obwaltenden Umständen jeder die 160 Stimmen der abwesenden Opposition zu den Stimmen gegen das Kabinett zählen würde, so daß das Ministerium vor allen Augen in die Minorität kommen konnte, hat Mussolini doch am Schluß der Diskussion des Budget des Auswärtigen angelegte Vertrauensvotum über die allgemeine Politik des Kabinetts bis auf weiteres vertagt. Seine Verachtung des Parlamentes verbietet ihm nicht, eine Heidenangst vor ihm zu haben.

Wir messen der Opposition, die heute im „Parlament“ erhebt, geringen Wert bei. Die Flottenaktion gegenüber dem sinkenden Schiff, mag schlau sein, würdig und vornehm ist sie nicht. Am meisten kann die Haltung der Kriegsteilnehmer Achtung einflößen, weil es sich dabei tatsächlich zum nicht geringen Teil um junge Leute handelt, die an den Faschismus als an den Träger sittlicher Werte geglaubt haben, solange der Glaube halbwegs möglich war.

Aber immerhin kann diese Opposition zweiter Ordnung, die nichts gemein hat mit der wirklichen Opposition, zu etwas gut sein. Sie kann die Beseitigung des Faschismus durch Abbau, ohne katastrophischen Zusammenbruch ermöglichen. Indem sie ihre leistungsfähige Gegnerschaft anmeldet, entkräftet sie das Schlagwort Mussolinis, als wäre nach ihm nichts anderes möglich als der Bolschewismus.

über Ägypten nicht berechtigt sei und daß auch Ägypten jenes Recht von Freiheit erhalten müsse. Das England den übrigen Mitgliedern seines Reiches zugestanden hat. Er war zu Zugeständnissen bereit und unterhandelte in London mit Nagul Pascha über eine Milderung der englischen Herrschaft. Die militärische Oberaufsicht sollte bestehen bleiben, aber sie sollte nicht mehr der Unterdrückung der ägyptischen Autonomie, sondern lediglich der Fernhaltung anderer Mächte und der Sicherung der Verkehrswege, die durch Ägypten nach den mittel- und südafrikanischen Besitzungen Englands führen, dienen. Die Forderungen der Ägypter gingen auf vollständige Befreiung der militärischen Besatzung und jenen auf darauf ab, die Engländer aus dem Sudan, in dem bisher eine gemeinsame ägyptisch-englische Herrschaft bestanden hat, zu verdrängen. Obwohl es also zwischen Macdonald und Nagul noch zu keiner Einigung gekommen war, bestand doch auf beiden Seiten der Wille zur friedlichen Verständigung und es war kein Anlaß zur Sorge gegeben, daß sich in Ägypten ein größerer Konflikt entzünden könnte.

Der Amtsantritt der Konservativen änderte die Situation im Grund auf. Viel schneller als man vermutet hätte, reagierten die Ägypter auf den englischen Regierungswechsel. Im Programm Baldwin's stand strengste Wahrung der englischen Herrschaftsrechte in allen Gebieten des Reiches. Es klang fast wie eine Antwort auf die Herausforderung, die Baldwin an die separatistischen und nationalen Strömungen gerichtet hatte, daß der Oberkommandant der englischen Truppen in Ägypten ermordet wurde. Es war sicher eine politische nicht kluge und obendrein verwerfliche Tat. Der politische Mord als Kampfmittel in einem Staate, der immerhin ein Parlament und ein eigenes Ministerium hat, dessen Wünsche von der Welt gehört werden, wird seine Forderungen mit anderen Mitteln besser darzulegen. Aber der Mord konnte für die englische Regierung ein Signal sein, daß Vorsicht am Platze sei.

Baldwin hat darauf mit Repressalien geantwortet. Er schickte eine Eskadre nach Alexandria und richtete an die ägyptische Regierung ein Ultimatum, das nicht nur für die Ermordung des Oberkommandanten eine Sühne in klingender Münze forderte, sondern eine ganze Reihe von Forderungen aufstellte, die mit dem Mord gar nicht zusammenhängen, sondern auf eine Verschärfung der britischen Vorherrschaft in Ägypten und auf die Verdrängung der Ägypter aus dem Sudan abzielen. Das Ultimatum wird von französischen und deutschen Mächten mit dem österreichischen Ultimatum an Serbien verglichen. Wie dieses, enthält es überspannte Forderungen, deren tatsächlicher Zweck durch die Motivierung stark durchscheint und wie die Brandfackel Verdächtigkeit scheint es geeignet zu sein, schwere Konflikte im nahen Osten und vielleicht auch in Europa herauszubekommen. Die konservativen Mächte mahnen sehr schnell. Die Engländer haben die Forderungen von Alexandria militärisch befehlen lassen. Sie scheinen zu den härtesten Maßregeln entschlossen zu sein. Es ist ärgste Scharfmacherpolitik die von Baldwin betrieben wird. Mit Recht wird allerdings die Befürchtung ausgesprochen, daß sich der Konflikt zwischen England und Ägypten zu einem Streit auswächst, in den andere Mächte hineingezogen werden. Es läßt sich nicht absehen, was aus dem Rückblick und jeder Vermutung baren Vorgehen der Toriesregierung erwachsen kann.

wenn etwa Frankreich oder Rußland oder auch nur die Türkei, die der Petroleumquellen von Mosul wegen ebensinnig in Streit mit London liegt, in dem Kampfe Partei ergreifen. Ernste Besorgnis spricht aus den Stimmen der gemäßigten Parteien in ganz Europa und

Erregte Szenen in der französischen Kammer.

Herriot weist Anschuldigungen wegen Annahme von Wahlgeldern zurück.

Paris, 25. November. Bei Verhandlung der Interpellation des Deputierten Taittinger über die kommunistische Manifestation am Sonntag kam es in der Deputiertenkammer zu ungewöhnlich stürmischen Szenen und Aufritten. Ministerpräsident Herriot forderte daß über die Interpellation die Diskussion eröffnet werde. Deputierter Taittinger führte aus, daß die Bevölkerung Sonntag gezwungen war, auf den Pariser Straßen den roten Fahnen Ehrenbezeugung zu leisten. Auf den Vorwurf der Partei der Linken über Bestechung von Wählern antwortet Taittinger, daß er von der berufenen Kommission anzeigen werde, daß auch die gegenwärtigen Mitglieder der Regierung sich nicht scheuten, Geld aus dem Fonde der „Union für wirtschaftliche Interessen“ entgegenzunehmen. Herriot forderte den Redner auf, daß er Namen nenne, worauf Taittinger auf allgemeines Drängen erklärte daß im Jahre 1919 die Union für wirtschaftliche Interessen die Kandidatenliste Herriot's mit Geld unterstützte. Bei diesen Worten sprang der Ministerpräsident erregt von seinem Sitze auf und protestierte lebhaft dagegen, daß über Angelegenheiten aus dem Jahre 1919 gesprochen werde.

Deputierter Taittinger kam sodann wegen des entstandenen Lärmes nicht zu Worte kommen und begibt sich an seinen Platz zurück. Auf der

helle Schadenfreude aus den Berichten der Nationalisten und Heber aller Länder. Es sieht fast so aus, als ob England wenig Wochen nachdem es Baldwin und sein Programm der Ruhe und Konsolidierung gewählt hat, seine Wahl zu bereuen haben sollte.

Rechten hört man die Rufe: Demission, Demission!

Der Präsident schied sich an, den Sitzungssaal zu verlassen, der Ministerpräsident aber blieb um das Wort zu den Ereignissen am Sonntag. Er widerlegt zunächst die Aussage, daß es zu Erregung gekommen sei. Die Pariser Bevölkerung hat mehr Gefühl für Ordnung als diese Herren. (Bei diesen Worten zeigt Herriot auf die Rechte.) Die Pariser Bevölkerung hat das Verbrechen vom Jahre 1914 wieder begangen. (Diese Worte werden von der Linken lebhaft affirmiert.)

Schließlich wurde die Tagesordnung, mit welcher der Regierung des Vertrauens ausgesprochen und des Verhalten beurteilt wird mit welchem einige Regierungsmitglieder beschuldigt wurden ohne daß die Angeklagten ihr Verhalten rechtfertigen oder dasselbe präzisieren konnten, mit 318 gegen 202 Stimmen genehmigt.

Rathusius wird begnadigt?

Paris, 25. November. (Havas.) Das Gerücht, die Regierung habe beschlossen, General Rathusius zu begnadigen, und daß es in dieser Angelegenheit bald zu einer offiziellen Entscheidung kommen werde, scheint begründet zu sein.

Marx für Ebert.

Bonn, 25. November. In einer stark besuchten Wählerversammlung wies Reichskanzler Dr. Marx die Verleumdung zurück, die Person des Reichspräsidenten in den Wahlkampf zu zerren. Er stellte fest, daß die allerdinge auch im Auslande verbreitete Behauptung, vier große politische Organisationen seien an den Reichspräsidenten herangetreten, um eine Neuwahl des Staatsoberhauptes zusammen mit den bevorstehenden Reichstagswahlen zu erreichen, unrichtig sei. Er legte ausführlich dar, daß der Reichspräsident auf Grund verschiedener Reichstagsbeschlüsse in voller Übereinstimmung mit der Verfassung im Amte sei und bezeichnete auch den Vorwurf, daß der Reichspräsident in die Regierungsgeschäfte eingreife, als unwahr.

Ein Polizeibeamter in Berlin erschossen.

Berlin, 25. November. (Eigenbericht.) Nach einer kommunistischen Versammlung wurde gestern nachts in Berlin ein Polizeibeamter, der kommunistische Jugendliche an Demonstrationen hindern wollte, erschossen. Ein Verdächtiger, der festgenommen wurde hatte einen Totschüßer, aber keine Schusswaffe bei sich.

Lohnerhöhungen für die deutschen Eisenbahner.

Berlin, 25. November. (Wolff.) Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichseisenbahngesellschaft hat den vorgeschlagenen Gehalts- und Lohnerhöhungen zugestimmt. Insgesamt beträgt die Belastung durch diese Erhöhung über 125 Millionen Mark.

Mataja über Oesterreichs Außenpolitik.

Freundschaftliches Verhältnis zu den Nachbarn.

Wien, 25. November. Der neue Bundesminister für Auswärtige Angelegenheiten Doktor Mataja äußerte sich einem Redakteur der „Neuen Freien Presse“ gegenüber über die Richtlinien, welche die Außenpolitik Oesterreichs unter der neuen Regierung einzuschlagen beabsichtige. Er versicherte, daß seine Außenpolitik genau dieselbe sein werde, wie die des Ministeriums Dr. Seipel, und daß die Regierung es als oberste Aufgabe betrachte alle Verpflichtungen der Regierung Seipel zu übernehmen und durchzuführen.

Ueber das Verhältnis Oesterreichs zu den Sukzessionsstaaten erklärte der Minister, daß dieses Verhältnis sich bestimmt freundschaftlich, ja herzlich gestalten werde, soweit es auf Oesterreich ankomme. Ueberdies ist

in dieser Beziehung die allmähliche und stetige Wandlung zum Besseren gewiß nicht zu verkennen. Es liege auf der Hand, daß die Handelsverträge mit den Sukzessionsstaaten für Oesterreich wichtig seien, was auf die alten und geradezu unzerstörbaren wirtschaftlichen Zusammenhänge zurückzuführen sei. Diesen Zusammenhängen müsse man Rechnung tragen. Was darüber hinausgehe, sei Phantasie.

Abrer über die finanzielle Lage Oesterreichs.

Konvertierung des tschechischen 500 Millionen Kredites.

Wien, 25. November. Im Finanz- und Budgetauschuss hielt der neue Finanzminister Dr. Abrer ein eingehendes Exposé. Er betonte zunächst, daß er auf dem Boden der von der früheren Regierung eingebrachten Vorlage des Bundesfinanzgesetzes für das Jahr 1925 stehe, und verwies darauf, daß sich nach Ausschreibung der Investitionen in der laufenden Bekämpfung ein Ueberschuß in der Höhe von 1946 Milliarden oder 13.5 Millionen Goldkronen ergibt. Die in Genf übernommene Verpflichtung, alle zur Beschleunigung des Personalabbaues geeigneten Vorkehrungen zu treffen, anerkennt der Minister, wiewohl bereits rund 81.000 Personen abgebaut sind, als sachlich begründet.

In eingehender Weise befaßte sich der Minister mit der

Staatsschuld.

wobei er feststellte, daß die Völkerbundsanleihe, welche nunmehr die wichtigste Staatsschuld bildet, bis auf einen Rest von 19 Mill. Goldkronen gegeben oder sichergestellt ist. Im Ganzen befindet sich nur die Konvertierung des tschechoslowakischen Vorschußkredites von 500 Millionen Kr aus dem Jahre 1922. Im Zusammenhang mit dieser Konvertierung wird die Regierung den Nationalrat eventuell mit einer Vorlage befaßen müssen, weil im Sinne des Genfer Protokolles nur ein Teil des tschechoslowakischen Darlehens in voll garantierte Völkerbundsanleihe konvertiert wird, während der Rest absondelt von der Völkerbundsanleihe zu konsolidieren ist, wobei dieser Anleihe die gleichen Pfandsicherheiten — Zölle und Tabak — einzuräumen sind.

Friedensschluß zwischen Wien und dem Bunde.

Wien, 25. November. Wie die Blätter melden, hatte der Finanzminister eine Unterredung mit dem Bürgermeister von Wien, Dr. Seis, in der alle das Verhältnis des Bundes zur Stadt berührenden finanziellen Angelegenheiten einer eingehenden Aussprache unterzogen wurden. Man glaubt, daß der Finanzminister bemüht sein werde, Unstimmigkeiten, die sich in der letzten Zeit zwischen dem Bunde und der Stadt gezeigt haben, zu beseitigen und ein besseres Verhältnis wieder herzustellen.

Die Militärbekien von Biribi.

Zu Albert Londres' Buch: „Dant hat nichts gesehen“.

6

Von A. B. Böttner.

Von Sidi-Moussah erzählen die Sträflinge Londres nur mit Grauen. Dort war die fünfte Kompanie. Im Sträflingarsenal bedeutet dies den Tod. Dort galt — wie im übrigen fast in allen Militärstrafanstalten — als größtes Verbrechen: sich krank melden.

Auf seine Bitte gestützt, erzählt ein Sträfling: Als er in Sidi-Moussah ankam, erkrankte er und wurde auch als krank anerkannt. Vier Tage ließ man ihn ohne Nahrung im Zelt liegen. Der Hunger wäre zu ertragen gewesen, aber es gab ebendrei nichts zu trinken. Einmal wagte es ein Kamerad, ihm, unter der Gefahr bestraft zu werden, Wasser zu bringen. Als er gegen eine derartige Behandlung protestierte hing man ihn während eines ganzen Nachmittags an einer um die Hüften geschlungenen Kette am Zeltbach auf.

Am nächsten Tag zwang ihn der Sergeant L. zur Arbeit zu gehen. Auf die Einwendung daß er krank sei, lautete die Antwort des Sergeanten: „Ich werde dich mit Gewalt zur Arbeit zwingen!“ Senegalschützen ankerten ihn auf dem Rücken zur Arbeitsstelle tragen. Dort hielt ihm der Sergeant den Revolver unter die Nase: „Arbeits, Sauhund! Er weigerte sich wurde nach dem Zelt zurückgeführt, verprügelt zusammengebunden und den ganzen Tag über aufgebängelt.“

Warum er dies nicht meldet? Alle haben sie Angst, dann noch mehr vorgekommen zu werden!

Ein Anderer erzählt: Er äußert sich wörtlich: „Ich, Baron (so nennt er Londres) erhielt eine 20 (neunundzwanzig) Tage Arrest! Während elf Tage erhalte ich kein Frisches. Am ersten bringt man mir meine Suppe: man hatte Salz, zwei starke Hände voll hineingeworfen. Es war unnütz den Versuch zu unternehmen davon zu kosten; man hätte sich erbrochen. Und doch ist dies

unsere ganze Nahrung in der Zelle. Ich wartete auf den nächsten Tag. Das gleiche, und dies all die folgenden Tage. Der Sergeant D. kam und sagte zu mir: „Deine Salzsuppe schmeckt kein, nein?“ Glücklicherweise kam ein Leutnant durch und ließ mich nach Der Bel-Samrit zurückkehren. Als ich in Sidi-Moussah ankam, wog ich 77 Kilo, als ich von dort fortging 56.“

In diesen Zweiglagern, bei diesen Arbeitskommandos, fern der Kontrolle höherer Offiziere, wagen, wie in Sidi-Moussah die Unteroffiziere alles. Sind Herr und Meister über Leben und Tod. Sind krank melden bei einem solchen Kommando heißt den Sergeant beleidigen. Dies bestätigt auch ein anderer Sträfling, der von einem Araber erzählt. Einem tüchtigen Arbeiter, der 300 bis 350 Kilo Holz im Tage hieb. Eines Tages erkrankte er. Meldete sich bei seinem Sergeant. Die Behandlung war eine radikale: Seine Kleider wurden ihm ausgezogen und bei 52 Grad Sonnenhitze wurde er völlig nackt auf die Dornzäune gebunden. Den ganzen Tag ließ man ihn dort, während er unvollständig von schrecklichem Durst gepeinigt, um Wasser schrie. Der Sergeant um Verzeihung bat, bis er am Abend, durch Durst Sonne und Dornen um höchsten gequält rief: „Sie haben recht, Sergeant, ich bin nicht krank!“ Dies genügt dem Sergeant, und der Araber wurde losgebunden.

Der Sergeant B. eine ähnliche Menschenbestie hatte einen Stock mit großer Eisenspitze. Meldete sich ein Sträfling krank, so schickte er ihn nach dem Zelt: er werde ihn selbst pflegen. Kam dann brachte Chinin, befahl dem Kranken, die Zunge herauszustrecken, um ihm die Chininta-

bleine mit der Eisenspitze des Stockes in den Hals hinabzustöcken.

Die schauflächigen Dinge geschahen in Sidi-Moussah. Wer Arrest erhielt, mußte von harter Konstitution sein, um nicht wie ein Tier zu werden. Die Sträflinge, die Arrest erhielten, bekamen in 20 Tagen nur einen Dreiviertel-Paß Brot. Nie etwas zu trinken. Im Versteckten und dies auf die Gefahr hin, Strafverschärfung zu erhalten, legten sie alle vier Tage, wenn die Wäsche vorbeigebracht wurde, das Wasser aus der Wäsche aus. Die übrige Zeit griffen sie zu den abscheulichsten Mitteln. Sie tranken Urin. Sie verkauften sogar den Urin und jene, bei denen der Durst stärker war als der Hunger, gaben sogar den Viertel Brot dafür.

Uebe dem aber, der in Sidi-Moussah nicht die vorgeschriebene Arbeit leistete. Ein Sträfling erzählt Londres darüber. Wir zitieren wörtlich:

„Wer in Sidi-Moussah seine Aufgabe nicht erfüllen konnte (wir mußten täglich 150 Kilo Zwerghahnrurzeln ausgraben) wurde zwangsweise ankleidet und mußte sich in den Graben legen. Wir lagen in diesem Graben in einem Abstand von je zwei Meter. Die Senegalschützen, die uns bewachten, hatten den Befehl, uns bei der geringsten Bewegung mit dem Bajonet zu stechen. Am Mitternacht stand der Sergeant auf, ließ uns auftreten und uns zwanzigmal hintereinander im Aufschreit den Kebr um das Lager machen mit Laubhieben- und Stockschlägen-Begleitung. „O, das macht diesen Junas warm!“ rief er. Dann begoß er uns mit Wasser und wir mußten uns wieder in den Graben legen. Das Wasser gefror sofort auf unserm Körper.“

So sehen die Mittel aus, mit denen die zur Zwangsarbeit unvollkommenen Muskeln in „Biribi“ gestählt werden!

Die Erzählungen derer, die in dieser Hölle von Sidi-Moussah waren, in der es innerhalb drei Monaten 51 Tote gab, stürmen

von allen Seiten auf Londres ein. Dieses Goldfisch von einem 14 Jahre alten Jungen eines Unternehmers, der im Vorübergehen stets zu den Sträflingen sagt: „Arbeits, Verbrecher, oder ich werde es Papa sagen, damit er euch prügeln läßt.“

Der Unternehmer, der innerhalb einiger Stunden vierundfünfzig Zentner Holz braucht, worauf mit Kolben und Beilchen alle, die auf den Füßen stehen können, zur Arbeit geprügelt werden, bis das Quantum vorhanden ist!

Der Sergeant C. eine weitere Skandall: der einem Sträfling den Revolver unter die Nase hält, ihm droht, ihn bei der geringsten Bewegung niederzuschicken. Ihm die Kleider nehmen und ihn auf den Dornzäunen legen läßt. Und diesem Sträfling dann, der den Rücken voller Wunden hat, auf nackter Schulter ungelächten Kall zu tragen befiehlt!

All dies aber, stellt Londres ausdrücklich fest, alle diese wirklich bestialischen Sträflingsquälereien liegen keine zehn oder zwanzig Jahre zurück, sondern knapp ein Jahr! Und sie werden stärker, da diese Zeilen im Druck erscheinen, noch weiter ungehört im Gange sein!

Wenn bei diesen Quälereien und Folterungen ein Sträfling stirbt, so findet man stets Mittel, eine Untersuchung über die Todesursache zu verhindern. Beim Arbeitskommando in Fount-Tenohet das nicht wemals berührt ist, starb ein Sträfling eines Tages nach dem Genuß einer Giftpflanze. Dies war den Sergeanten wie ein Fingerzeig des Himmels. Wer unter den Schlägen ihrer Ochsenriemer oder, nackt, zwischen den Dornzäunen, auf denen sie dann tanzen, von da ab verendet, starb an Vergiftung. Da nirgends ein Arzt vorhanden ist, wird die Todesursache auch nie kontrolliert!

(Fortsetzung folgt.)

Weitere Koalitionsreden.

Prag, 25. November. Die Koalition wickelte heute die Debatte über die Kulturgruppe ab und ging gleichzeitig in die Debatte über die Wirtschaftsgruppe ein. Zu dieser Gruppe ist eine sehr große Anzahl von Rednern gemeldet, so daß auch der ganze morgige Tag mit der Aussprache über diesen Teil des Budgets ausgefüllt sein wird. Morgen abends wird zur Abstimmung geschritten werden und dann wird sich die Budgetprozedur im Senat in Miniaturform wiederholen. In den heute gehaltenen Reden traten zwei strittige Probleme der Koalition besonders hervor: Die Frage der Trennung der Kirche vom Staat und die Frage der Getreidezölle.

Der tschechische Nationalsozialist Dr. Uhlir sagt, daß bei uns der

Kultus für den Kultus eine unchristliche Höhe erreicht hat. Es sei dies merkwürdig, da in allen anderen Ressorts Abstriche vorgenommen werden. Redner weist ziffermäßig die steigende Tendenz der Kultusaufgaben nach. Mit dieser Sache wird sich die Partei des Redners noch befassen, besonders da die Partei, die das Budget so mißbraucht, das Maß der zulässigen politischen Agitation übersteigt. Der Kulturkampf wird bei uns nicht von den fortschrittlichen Parteien, sondern von den Merkmalen hervorgerufen. Redner warnt davor, daß an Stelle der Trennung von Kirche und Staat ein Konkordat vorbereitet werde.

Die Nationaldemokraten möchten noch mehr deutsche Schulen sperren.

Die Nationaldemokratin Nosof findet, daß die Tschechoslowakische Republik noch immer zu viel deutsche Schulen unterhalte. Hier ließe sich viel Geld ersparen. Das Unrecht der Deutschen aus dem alten Böhmerland dauere fort. Am selben Tage da in Prag die Nachricht von Sperrung 20 deutscher Schulklassen in Gablonz eingetroffen ist, zeigt sich die nationaldemokratische Bewegung gegen die deutschen Schulen im richtigen Licht. Anmerkung der Redaktion.

Der tschechische Agrarier Bahala ist mit dem Schulministerium einverstanden.

Die Merkmalen wollen ein „harmonisches Leben“ erreichen.

Die Tschechisch-Merkmalen Rosypal beschwert sich über die Zurücksetzung der religiösen Erziehung in den Schulen. Vor allem sei die religiöse Erziehung zur Erreichung eines harmonischen Lebens notwendig. Nur dadurch, daß die Jugend zu Gott geführt werde, wird der Staat von den gefährlichen Krankheiten, in die er durch den antireligiösen Kampf getrieben wurde, geheilt werden.

Der tschechische Sozialdemokrat Aster behandelte das tschechische Minderheitenschulwesen. Seine Rede bildete eine Widerlegung der nationaldemokratischen Beschwörungen der Nationaldemokraten, da er darauf hinwies, daß die Schulverwaltung, besonders in den letzten zwei Jahren, die Forderungen der Minderheiten „meisterhaft“ erfüllt habe. Aster trat weiter für eine Regelung der

Rechte der Minderheiten auf gesetzlichem Wege ein.

Damit war die Kulturdebatte beendet.

Der erste Redner zur Wirtschaftsgruppe ist der wilde Abgeordnete Wisse. Er brachte eine Reihe von Forderungen vor und war genug naiv, an ihre Erfüllung zu glauben, für welchen Fall er bereit sei, für das Budget zu stimmen.

Der tschechische Agrarier Cerny bezeichnet die Angriffe gegen die Kohlensteuer als gerechtfertigt. Er bringt auch die Forderung nach Agrarzöllen vor und meint, daß sich das Wirtschaftssystem ohne einen möglichen Zollschutz der landwirtschaftlichen Produkte nicht aufrecht erhalten lasse.

Der kommunistische Ritz beschwert sich über die Verpönerung der Personenzölle. Vom September dieses Jahres bis zum 15. November wurden amtsch 4 Eisenbahnunfälle gemeldet, bei denen 32 Eisenbahnarbeiter ums Leben kamen und 30 Verwundungen davontrugen.

Nachdem noch die Abg. Kretsch, Petrovich und Ritz (Sozialdemokr.) gesprochen hatten, wurde die Sitzung geschlossen.

Tschechoslowakisch Finanzpolitik.

Stimmen des Auslandes.

Die Verhandlung des tschechoslowakischen Budgets hat nicht nur in der Bevölkerung selbst dank der Vorgänge im Parlament, sondern auch im Ausland Beachtung gefunden. Umso mehr als mit der Vorlage des Budgets zugleich der Versuch der Regierung zusammenfällt, sich im Ausland eine Anleihe zu beschaffen, die den Zweck haben soll, sowohl die kurzfristigen Schulden des Staates, die sogenannten Schapanweisungen, nach und nach zu tilgen, als auch den Devisenschon des Bankamtes aufzufüllen. Da ist es nun von Interesse, daß die Aufnahme dieser auswärtigen Anleihe, insbesondere in England auf große Schwierigkeiten stößt und sich in England Stimmen finden, welche die tschechoslowakische Finanzwirtschaft ernstlich kritisieren. So schrieb das einflussreiche Blatt der englischen Hochfinanz die „Times“ in ihrem volkswirtschaftlichen Teil jüngst folgendes:

Obwohl die Tschechoslowaken erfassen, daß die Tätigkeit einiger ihrer finanziellen Emissäre in den Geldmarktzentren dem Kredit ihres Landes eher schaden als nützen? Ob diese Emissäre offi-

Ein Dokument gelber Schande.

Die Hakenkreuzler vertriehen sich hinter den tschechischen Gelehen. — Gelbe wollen die Arbeiter um das Wahlrecht in die Betriebsausschüsse bringen.

Am 11. November d. J. fanden in der Waggonfabrik in B. Leipa die Betriebsauswahlgewahlen statt. Da in diesem Betriebe von dem Direktor liebevoll gehegt, auch ein gelbes Zumpfsäcklein vegetiert, versuchten die Hakenkreuzler natürlich auch, in den Wahlkampf einzugreifen. Am 4. November überreichten sie durch einen aus München zugereisten sicheren Herrn Kerl einen festen Papier, der ihre Kandidatenliste vorstellten sollte. Bemerkenswert ist, daß die Gelben zu meist noch nicht drei Monate im Betriebe und daher auch weder wählbar noch wahlberechtigt sind. Der Wahlausschuss lehnte die Liste aus diesem Grunde ab, außerdem auch deshalb, weil sie um 24 Stunden verspätet eingebracht worden war. Zudem ergab sich, daß einige der gelben Kandidaten nicht wahlberechtigt waren, einzeln von ihnen wählten von ihrer Kandidatur überhaupt nichts. Um die nötige Anzahl Unterschriften aufzubringen, hatte Kerl einfach einige Namen von Mitgliedern des Internationalen Metallarbeiterverbandes eigenhändig darunter gesetzt, also gefälscht.

Mit Rücksicht auf die Ungeheuerlichkeiten mußte natürlich diese saubere Kandidatenliste abgelehnt werden und die Herren Gelben mit ihrem Kerl fielen glatt durch.

Darüber erbost, setzten sie nun ein Dokument der Schande, wie es ungeheuerlicher gar nicht eronnen werden kann und das man nur als einen ganz bühischen Verrat an den Arbeiterinteressen bezeichnen kann. Sie richteten an das Bezirksgericht in B. Leipa folgende Eingabe:

Böhmisch-Leipa, am 17. November 1924.

An das Bezirksgericht (Abteilung Schiedsgericht) B. Leipa.

Endesunterfertigte Arbeitnehmer der Nordböhmischen Waggonbauabteilung in Böhmisch-Leipa überreichen hiermit dem verehrlichen Bezirksgericht, bzw. Schiedsgericht folgenden Protest zur Kenntnisnahme:

Am 1. September 1924 begann in der Nordböhmischen Waggonfabrik in B. Leipa, da sich die Arbeiterschaft der genannten Fabrik in einem vertragslosen Zustand mit dem Unternehmer befand, ein Streik, welcher erst nach 14 Tagen beendet wurde, und zwar am 14. September 1924.

Nach Verlauf von 48 Tagen, also noch nicht einmal ganz zwei Monate ließ der Betriebsausschuss der Arbeitnehmer in der Nordböhmischen Waggonfabrik die Kundmachung ergehen, daß am 11. November ds. J. die Betriebswahlen stattfinden, mit der Begründung, daß sie bereits wieder fällig seien und stellte zur gleichen Zeit eine wählbare Kandidatenliste auf.

Gegenüber erheben wahlberechtigte Arbeitnehmer, Mitglieder der Gewerkschaft deutscher Metallarbeiter den schärfsten Einspruch mit folgender Begründung:

Die Geschichte zeigt, daß eine solche Kontrolle für Leiber und Vorgesetzter gleich gut ist. Aber Länder, die bisher sich einer solchen Kontrolle nicht unterworfen haben, sind aus sentimentalischen Gründen unbedingt dagegen, weil sie eine Einbuße an Prestige befürchten. Das ist auch einigermassen richtig, obwohl eine Kontrolle die beste Sicherheit bietet, daß gesunde finanzielle Grundsätze trotz des Druckes der innenpolitischen Verhältnisse angewendet werden. Wie man sieht, werden in diesem Artikel Anschauungen zum Ausdruck gebracht, die durchaus nicht das Wohlgefallen der herrschenden Koalition finden und der Regierung und den Mehrheitsparteien Gelegenheit zum Nachdenken darüber geben werden, ob die von ihnen befolgte Politik die richtige ist. Dies umso mehr, als die Stimme der „Times“ nicht vereinzelt geblieben ist. Die angeführte englische Zeitschrift „Nation“ schreibt nämlich:

Unter diesen Umständen überzocht es nicht, zu hören, daß Versuche am Werke sind, neues Kapital in London und New York aufzunehmen; aber maßgebende Persönlichkeiten in diesen Geldzentren sind der Ansicht, daß diese dringende Bitte zu rasch nach der letzten Anleihe kommt, und trotzdem von keinem ersten Versuch, dieses Budgetdefizit aufzuräumen, begleitet ist. Wenn gut fundierte Staatschuldscheine mit einem Zinssatz von 8 Prozent nicht höher als zum Parikurs angebracht werden können, so ist es klar, daß ein Finanzminister, der noch mit dem Vorstoße kommt, im Auslande eine Anleihe aufzunehmen, kaum den Ernst der Lage erfasst hat und erst noch das gesunde Heilmittel lernen muß, nämlich die Geldausgaben, die nicht im Lande aufgebracht werden können, einzustellen.

Der Londoner Berichterstatter der „Lidove Noviny“ bemerkt in dem gestrigen Leitartikel dieses Blattes zu diesen beiden Artikeln, daß die erste bereits aufgenommene englische Anleihe von zehn Millionen Pfund nicht zweckdienlich verwendet wurde. Angeblich sucht die tschechoslowakische Regierung die Anleihe, falls sie in England nicht zustande gebracht werden sollte, in New York aufzunehmen. Ob dieser Versuch gelingen wird, ist deswegen zweifelhaft, weil ja die Amerikaner einem Lande, das große Ausgaben für den Militarismus aufweist, prinzipiell kein Geld borgen. Die tschechoslowakische Republik müßte mit dem Abbau des Militarismus beginnen, wenn sie ihre Kreditfähigkeit im Auslande erhöhen will.

Unter diesen Umständen überzocht es nicht, zu hören, daß Versuche am Werke sind, neues Kapital in London und New York aufzunehmen; aber maßgebende Persönlichkeiten in diesen Geldzentren sind der Ansicht, daß

1. Die Wahl durfte lt. Betriebsauswahlgeseh, § 14, lit. a, noch nicht stattfinden, und zwar wie folgt: Num. 91, Streit nach der bestehenden Judikatur eine Auflösung des Arbeitsverhältnisses, somit eine Unterbrechung.
2. Lt. § 14, lit. a: Num. 93, wenn auch dann die genügende Anzahl von wählbaren Arbeitnehmern nicht vorhanden ist, kann aber dormalen ein B. A. nicht errichtet werden, und zwar bis zur Behebung dieses Hindernisses. Dies wird z. B. im Falle eines Streikes (siehe Num. 94) der Fall sein, nach welchem eine mindestens 6monatige Frist wird ablaufen müssen, damit wenigstens einzelne Arbeitnehmer die Wählbarkeit nach § 14, lit. a, 2. Absatz, erlangen können.

Da in dieser Angelegenheit der Kommandant der Gewerkschaft deutscher Metallarbeiter Fritz Kerl, Schlosser in der Nordböhmischen Waggonfabrik, bei dem Vorsitzenden des Betriebsausschusses aus den angeführten Gründen heraus schärfsten Protest gegen die Wahl einlegte, dieser jedoch abgelehnt wurde, ersuchen wir das verehrliche Schiedsgericht, sich mit dieser Angelegenheit zu befassen und ein gerechtes Urteil fällen zu wollen.

Wir sehen einer diesbezüglichen Nachricht entgegen und zeichnen

Hochachtung

Vöpperl Anton. Raga Andreas.
Alex. Melzer. Anton John.

Seit Jahren führen die freien Gewerkschaften einen erbitterten Kampf darum, daß ein Streik nicht die Lösung des Arbeitsverhältnisses bedeuten dürfe. Die Gelben kommen den Arbeitnehmern zu Hilfe und nicht genug, daß sich die deutschen Reden hinter die sonst von ihnen so sehr gehähten tschechoslowakischen Gesetze verdecken, stellen sie sich auf den Standpunkt der Unternehmer und leisten diesen dadurch willkommene Hilfe. Darüber hinaus ist der Protest der Gelben aber ein

offener Verrat an den Arbeitern.

Wenn es nach dem Wunsche der Hakenkreuzler ginge und ihrem Einspruch Folge gegeben würde, dann wären die gesamten Arbeiter der Leipaer Waggonfabrik durch mindestens 6 Monate ohne Betriebsausschuss und während dieser Zeit natürlich auch nahezu rechtlos.

Die Geschichte der Gelben ist ja nicht arm an Dokumenten der Schande. Dieser Fall aber dürfte wohl einer der schändlichsten sein und kaum seinesgleichen finden.

So sieht die „gewerkschaftliche“ Arbeit, so die Sozialpolitik, so die deutsche Radensteife, so die Moral der Gelben aus. Dürfen sie sich trüben, wenn sie die ganze Verachtung aller anständigen Arbeiter trifft?

diese dringende Bitte zu rasch nach der letzten Anleihe kommt, und trotzdem von keinem ersten Versuch, dieses Budgetdefizit aufzuräumen, begleitet ist. Wenn gut fundierte Staatschuldscheine mit einem Zinssatz von 8 Prozent nicht höher als zum Parikurs angebracht werden können, so ist es klar, daß ein Finanzminister, der noch mit dem Vorstoße kommt, im Auslande eine Anleihe aufzunehmen, kaum den Ernst der Lage erfasst hat und erst noch das gesunde Heilmittel lernen muß, nämlich die Geldausgaben, die nicht im Lande aufgebracht werden können, einzustellen.

Der Londoner Berichterstatter der „Lidove Noviny“ bemerkt in dem gestrigen Leitartikel dieses Blattes zu diesen beiden Artikeln, daß die erste bereits aufgenommene englische Anleihe von zehn Millionen Pfund nicht zweckdienlich verwendet wurde. Angeblich sucht die tschechoslowakische Regierung die Anleihe, falls sie in England nicht zustande gebracht werden sollte, in New York aufzunehmen. Ob dieser Versuch gelingen wird, ist deswegen zweifelhaft, weil ja die Amerikaner einem Lande, das große Ausgaben für den Militarismus aufweist, prinzipiell kein Geld borgen. Die tschechoslowakische Republik müßte mit dem Abbau des Militarismus beginnen, wenn sie ihre Kreditfähigkeit im Auslande erhöhen will.

Die Bezirksverwaltungs-Kommission St. Johannisthal aufgeht.

Aus Joachimsthal wird uns unterm 25. November gemeldet: Heute hat die politische Landesverwaltung die Auflösung der Bezirksverwaltungs-Kommission St. Johannisthal verfügt und zur Leitung der Geschäfte den Bezirkshauptmann Dr. Friedl ernannt. Damit ist auch die Verwaltung dieses rein deutschen Bezirkes in die Hände eines Beamten der tschechoslowakischen Regierung übergegangen.

Ernennung der Bezirksverwaltungs-Kommission in Rumburg. Die politische Landesverwaltung hat, wie „Lidove Noviny“ melden, eine neue Be-

Ein Grabdenkmal für Karl Cermak

Werte Genossen und Genossinnen!

Der Parteivorstand der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei beabsichtigt, unserem unvergesslichen Freunde Karl Cermak ein

Grabdenkmal

zu errichten. Diese Absicht wird sicher in allen Kreisen der Arbeiterschaft freudig begrüßt werden. In allen Herzen ist die Erinnerung an den uns so früh entzogenen Vorkämpfer und Organisator lebendig. Der Tote, dessen unvergängliche Leistungen in die Geschichte unserer Bewegung eingegangen sind, der in allen ihren Zweigen die Spur seiner schöpferischen Wirksamkeit zurückgelassen hat, bedarf wohl des Steines nicht, um unvergessen zu bleiben. Aber die Arbeiterklasse wird sich selbst ehren, wenn sie ihre Dankbarkeit in einem würdigen äußeren Zeichen zum Ausdruck bringt. Wir zweifeln daher nicht, daß jeder Klassenbewußte Arbeiter den Wunsch haben wird, zu dieser Ehrung das Seinige beizutragen. Wir rufen daher alle Parteiorganisationen und Parteigenossen auf, Sammlungen zu veranstalten, damit das Werk, das wir schaffen werden, zum Ausdruck der dankbaren Erinnerung der ganzen Arbeiterklasse an unseren unvergesslichen Freund wird.

Der Parteivorstand.

zirksverwaltungs-Kommission in Rumburg ernannt. Von den Mandaten wurden der deutschen Sozialdemokratie drei, den Christlich-Sozialen drei, den Tschechoslowaken, Agrariern, Nationalsozialisten, Kommunisten, Tschechen je ein Mandat zugeteilt. Zum Vorsitzenden wurde Genosse Barthel, zu seinem Stellvertreter der Christlich-Soziale Ratscher ernannt.

Die Gemeindevahlen in Boskowitz (Mähren) zeitigten folgendes Ergebnis: Kommunisten 10 Mandate, Volkspartei und Nationaldemokraten je 6 Mandate, Nationalsozialisten 4 und Jüdisch-nationale 3 Mandate.

Sitzung des Senates. Die nächste Sitzung des Senates ist für Montag, den 1. Dezember um 3 Uhr nachmittags einberufen. Auf der Tagesordnung stehen die Immunitätsangelegenheiten der Senatoren Genossen Rehl und Stort. Eine Stunde vor der Plenarsitzung findet eine Konferenz des Senatspräsidiums und der Klubobmänner statt.

Ausland.

Von der schwedischen Arbeiterbewegung. Die Arbeiterpartei, die mit Genehmigung auf die schwedische Arbeiterregierung blickt, wird mit Interesse Einiges über die tatsächliche Stärke der Partei erfahren, die hinter diesem mutigen Versuch unserer schwedischen Genossen steht. In diesem Land von fünf Millionen Einwohnern zählt die Partei 138.500 Mitglieder, die Gewerkschaften 340.000 und die Genossenschaften 275.000, die Jugendorganisation 17.000. Die schwedische Arbeiterpartei verfügt über 15 Tageszeitungen, ein viermal und sechs dreimal wöchentlich erscheinende Blätter, ferner eine wissenschaftliche Zeitung „Tiden“, ein Jugendorgan und eine Frauenzeitung. Die Sozialdemokratie hat 104 (von 230) Vertretern in der Zweiten Kammer und 52 von 150) in der ersten Kammer, darunter zwei Frauen. Bei den letzten Wahlen erhielt sie 725.800 Stimmen, das sind 41,1 Prozent der Abstimmenden. Zum Vergleich sei die Stärke der kommunistischen Parteien angeführt, deren es in Schweden nach der letzten Spaltung gegenwärtig zwei gibt. Die sogenannten unabhängigen Kommunisten (die Partei Höglunds) haben etwa 3000 Mitglieder und haben bei den letzten Wahlen 24.600 Stimmen und einen Sitz im Parlament erhalten, die Moskauer Kommunisten haben etwa 5000 Anhänger, erhielten 65.000 Stimmen und fünf Vertreter. Diese Zahlen lassen keinen Zweifel, daß erfreulicherweise die ungeheure Majorität der schwedischen Arbeiterklasse im Lager der Sozialdemokratie steht.

Genossen!

Traget bei jeder Gelegenheit Euer Parteiabzeichen!

Tages-Neuigkeiten.

„Pitoma socialisace.“ (Waldsinnige Sozialisierung.)

Das „Pravo Lidu“ hat vor einigen Tagen das Vorgehen unserer Genossen bei der Budgetberatung im Plenum einer äußerst unfreundlichen Kritik unterworfen und uns eine „Einheitsfront“ mit den Deutschbürgerlichen bezichtigt. Die tschechischen Sozialdemokraten sahen zwar, so schrieb das Blatt, auch mit Bürgerlichen in einer Koalition, doch seien diese nicht so eine „feine Gesellschaft“ wie die Deutschbürgerlichen.

In seiner gestrigen Nummer befaßt sich nun das „Pravo Lidu“ mit dem Wiener Organ der tschechischen Agrarier „Reza-vistka“, das einen Separatartikel des agrarischen Pressedienstes gegen Sozialismus und tschechische Sozialdemokratie abgedruckt hat. Das Blatt des Ministerpräsidenten der Koalitionsregierung schreibt da u. a.:

„Von den Sozialisten ist es der Gipfel der Unverschämtheit, wenn sie ununterbrochen die Republik beunruhigen und die Entwicklung zu normalen Verhältnissen durch unerfüllliche Forderungen bremsen wollen. Raum haben sie durch unsere Hilfe den Höhepunkt ihrer Träume, die Sozialversicherung, erreicht, so drohen sie schon wieder mit der blödsinnigen Sozialisierung, die sie sich in der Praxis selbst nicht vorstellen können, geschweige denn ihre Folgen. In der Republik leben doch nicht nur Sozialisten, es gibt doch hier auch andere Volksschichten und für diese ist es eine unverschämte Provokation, wenn ein sozialistisches Blatt ähnliche Artikel mit so unvernünftigen Forderungen in die Welt setzt und ganz nach Volkswilligkeit mit Blut droht.“

Der von dem agrarischen Blatte so heftig angegriffene Artikel behandelte die Sozialisierung der Gruben und großen Industrieunternehmungen. Das „Pravo Lidu“ wirft den Agrariern als Antwort u. a. das Wirtschaftsbeispiel der Bodenreform vor und nennt ihr Vorgehen eine Rohheit. Wir haben dieser charakteristischen Koalitionsratsbalgerei nicht hinzuzufügen.

Geschäft ist Geschäft. Das letzte Sonntagsblatt der „Prager Presse“ war Sowjetrußland gewidmet. Einflußreiche Führer der kommunistischen Gewalttätigkeiten kamen da zu Worte und schrieben in berechtigt-demagogischer Weise, wie herrlich sich das Leben im heutigen Rußland entfaltet, wie glücklich die Bevölkerung sei und wie mächtig die wirtschaftliche Entwicklung unter dem glorreichen Sowjetstern fortschreite. Die wenigen Bedauernswerten, die dieses Regierungsblatt von Amtswegen lesen müssen, werden am Sonntag die Augen aufgerissen haben, als sie sahen, wie prompt Schmod sich umzuorientieren versteht, der sein Jähren in höherem Auftrag kein gutes Haar an Sowjetrußland lassen durfte. Doch man verstehe: Die Kapitalisten dieses Staates befürchten, bei einem eventuellen Geschäft in Sowjetrußland zu spät zu kommen. Daher gilt es jetzt, die öffentliche Meinung d'hin zu bearbeiten, daß über kurz oder lang geschäftliche Verbindungen mit Sowjetrußland werden aufgenommen werden müssen. Jeder vernünftige Mensch wird seit jeher gegen die betriebene Isolierung eines Hundertmillionenstaates Stellung genommen haben. Die „Prager Presse“ jedoch will nur um des Geschäftes (auch seines eigenen) willen, den Mantel der nachsichtigen Nächstenliebe über alles breiten, was in Rußland die Bevölkerung peinigt. Die kritische Lobhudelei der „Prager Presse“ geht selbst der eigenen Bruder- (der Koalitions-) Presse zuwider. Die „Rarodni Listy“ erklären, daß die Ausgaben für eine derartige Propaganda gestrichen werden müssen. Man geht nicht fehl, wenn man die Meinung vertritt, daß auch die „Rarodni Listy“ sich umorientieren werden, wenn — des Geschäftes willen — die Weltenseligkeit der bürgerlichen, offiziellen und unoffiziellen Presse entspringt der einen Moral: Geschäft ist Geschäft.

Dankbarkeit in Wort und Tat. In einer tschechischen Stadt starb, wie wir im „Pravo Lidu“ lesen, der langjährige Hausbesorger des dortigen Sokolheimes. Am Grabe des Verstorbenen versprachen die Führer der Sokolgemeinde, daß sie für die Hinterbliebenen sei. In Anbetracht der Verdienste des Verstorbenen um die nationale Bewegung, sorgen werden. Wenige Wochen nach dem Tode des so Geseierten hat nun die Sokolgemeinde die kinderreiche Familie gekündigt und einfach aufs Pflaster gesetzt, obwohl in der ganzen Gemeinde keine Wohnung aufzutreiben ist.

Bilder vom sozialen Elend. In der Smichower Stefanisgasse jerschlug Montag der Schmiegegeßelte Fasel die Glasstafel eines Geschäftes und flüchtete. Er wurde verhaftet und auf die Frage nach dem Grunde der böswilligen Tat, antwortete er: „Um mich für den Winter zu versorgen!“ — Der 24jährige wohnungs- und beschäftigungslose Arbeiter Stephan Kozel wurde Montag nachts auf eine Prager Wachtube gebracht, da zufällig vorübergehende Passanten ihn von einem Sprunge in die Moldau zurückgehalten hatten. Auf der Wachtube begann er zu toben und mußte nach ärztlicher Untersuchung in die Irrenanstalt gebracht werden.

Gemeindevahlen in Pölsau. Die Gemeindevahlen erfolgen Sonntag, den 14. Dezember. Die Ausschreibung ist bisher unterblieben, weil die Absicht bestanden hat, das Gemeindegebiet zu „zerlegen“ und einzelne Teile einer neu-schaffenden Gemeinde einzuverleiben.

Neuerliche Schuldrofflung in Gablonz. Im Gablonzer Schulbezirk, dessen hochentwickeltes Volks- und Bürgerschulwesen bereits sehr schwer gelitten hat, — sind doch bisher rund einhundert Klassen aufgelassen worden — wurden neuerlich zwanzig Klassen gesperrt. Weitere Schulsperrungen dürften noch erfolgen, sind doch über vier einklassige Schulen Erhebungen im Zuge. Damit hat der Bezirk ein Drittel seines wertvollsten kulturellen Besitzstandes verloren. Und alles im Namen der „nationalen Befreiung“, im Namen der — „Kultur“.

Die Prager Untergrundbahn, über die dieser Tage in der tschechischen Presse Meldungen aufgetaucht sind, soll schon zum großen Teile in Plänen niedergelegt sein. Die Untergrundbahn soll aus zwei Linien bestehen. Die eine führt vom Palastplatz bei der Palastbrücke unter dem Karlsplatz, dem Museum zum Wilsonbahnhof und von dort unter Karolinenthal oder Zizkov zum Invalidenheim in Neukarolinenthal. Die zweite Linie ist vom Nationaltheater unter dem Wenzelplatz zum Masarykbahnhof oder auch in der Verlängerung zum Denisbahnhof gedacht. Die beiden Linien sollen sich beim Masarykbahnhof treffen und kreuzen. Natürlich ist es noch eine große Frage, ob jemals und wann dieser Plan durchgeführt wird.

Franzbranntwein als Schnaps. In der letzten Zeit hat sich in Karpathenrußland der Verbrauch von Franzbranntwein verbreitet, den allerdings die Bauern nicht zur Massage, sondern zum Trinken benötigen. Aus diesem Grunde machen die Polizeibehörden in Karpathenrußland darauf aufmerksam, daß Franzbranntwein nur gegen besondere Bewilligung der Finanzdirektion verkauft werden darf; im entgegengekehrten Falle wird mit der Wegnahme der Schankkonzession gedroht.

Der Gendarm als Lebensretter. Montag früh bemerkte der Gendarmwachmeister Bily des Postens in Jumbof (Mähren) beim Ufer der Schwarzta nächst der Steinmühle eine Frau, welche mit Oberkleider zu Boden warf und sodann in den Fluß stürzte. Er legte sich rasch die Rüstung ab und sprang in das Wasser, wo er die bereits Untergewachte, in der die 25jährige Beamtin Gusti Placka festgestell wurde, erfaßte und an das Land brachte. Das Mädchen, das bereits bewußtlos geworden war, wurde in das nahe Gasthaus gebracht und von der Brünner freiwilligen Rettungs-gesellschaft in die Landeskrankenanstalt übergeführt.

Die Herbstausstellung „Das Kind“ in Olmütz wurde am 23. November 1924 von der Bezirkskommission für Jugendfürsorge und der Sachwissenschaftlichen Bezirksstelle im städtischen Redoutensaal in Olmütz eröffnet. Die Ausstellung zerfällt in zwei große Teile, die im allgemeinen auch räumlich getrennt sind. Im städtischen Redoutensaal trifft man all das, was sich auf das Leben des Säuglings bezieht: körperliche Pflege, Ernährung, Bekleidung, Wohnung, Umwelt des Kindes; in dieser Abteilung wird man auch in höchst interessanter Weise über alle Zweige der Fürsorge orientiert: Mutterberatung, Krippe, Kinderheim, Berufsberatung, Erholungsheim, Ferienheim u. a. Die zweite Abteilung, in den Räumen der Gesellschaft der Kunstfreunde untergebracht, läßt zunächst den Kindergarten mit seinen zarten Arbeiten an unserm Auge vorüberziehen. Daran reihen sich die Abteilungen für die verschiedenen Zweige des Unterrichtes, demnach: das schulpflichtige Alter. Alles, was ein moderner Unterricht an Lehr- und Lernbeispielen, an Lehr- und Lernbüchern von Lehrer und Schüler fordert, ist da zusammengetragen. Diese Abteilungen zeigen aber auch, wie alle Fortschritte und Erfindungen der neuesten Zeit für Unterricht und Erziehung verwendet wurden.

Der Mädchenhändler Pollatschel und seine vierzehn Bräute. Vor kurzem erregte in Prag und Wien die Entführung eines 17jährigen Mädchens durch den aus Prag stammenden argentinischen Generalkonsul Otto Pollatschel großes Aufsehen. Wie jetzt bekannt wird, so meldet die „Tribuna“, war das Paar nach Berlin gefahren, wo kürzlich gegen den Pollatschel ein Steckbrief erlassen wurde. Er lebte dort vom Kokainhandel, handelte mit jungen Mädchen an und überredete sie, mit ihm eine Reise um die Welt zu unternehmen. Schließlich reiste er mit einem ganzen Harem von jungen Damen ab, für die er Plätze auf einem holländischen Schiffe — im ganzen 14 — bestellte und mit denen er in Rotterdam das Schiff nach Südamerika bestieg. Es handelte sich offenbar um einen raffinierten Mädchenhändler und die Berliner Polizei stellte fest, daß Pollatschel dieses Gewerbe schon zu einer Zeit betrieb, als er bei der Prager argentinischen Gesandtschaft beschäftigt war.

Die die Aktienfälscher entlarvt wurden. Ueber die Aufdeckung des raffinierten Aktienwindels werden nachträglich noch folgende Einzelheiten bekannt: Am 13. November erschien der ehemalige Effekten-laffier Kling in der Prager Kreditbank und brachte einige Annuitätswerte von böhmischen Zuckerraktien, die er für den „Grasen Szecheny“ in Depot legen wollte. Die Aktien schienen auf den ersten Blick in Papier, Druck und Form völlig einwandfrei. Es fiel auch gar nicht auf, daß Kling forderte, man möge die Aktien unter Schleife aufbewahren, so daß er später also dieselben Nummern hätte zurückerhalten müssen. Diese Verfügung sollte offenbar verhindern, daß die Aktien in den Handel kommen und durch irgendeinen Zufall als Fälsfate erkannt würden. Aus besonderer Vorsicht untersuchte der Kassier der Kreditbank, Dvofak, die Aktien nochmals gründlich und fand, daß auf dem laufenden Rapon für 1924/25, die Ziffer 2, die kaum einige Millimeter hoch ist, unbedeutlich gedruckt sei. Er nahm zur Vergleichung alle im Tresor vorhandenen Zuckerraktien zur Hand und konstatierte dabei, daß eine bereits vorhandene Nummer auch auf einer der Kling'schen Aktien zu finden war. Er bestellte Kling für den nächsten Tag nochmals und als dieser kam, wurde

er verhaftet. Die Entdeckung des großen Aktienwindels und die Verhütung weiteren Schadens ist also jedenfalls der Vorsicht des Kassiers Dvofak zu danken.

Doppelselbstmord aus unglücklicher Liebe. In Prag-Zizkov wurden in einem Zimmer der 35jährige Wirtschaftsjunktor Jaroslav Sanda aus Slavof und die 24jährige Milada Cech aus Prag-Subentisch erschossen aufgefunden. Die Beiden hatten aus unglücklicher Liebe gemeinsam Selbstmord begangen.

Brand in einer Prager Fabrik. In der Druckerei der Kattunfabrik der Brüder Kubinsky in Prag-Poleschowitz entstand Montag nachts durch Selbstentzündung von Wolle ein Brand, dem die Maschinen in der Druckerei und große Mengen von Halbfabrikaten zum Opfer fielen. Dem rechtzeitigen Einschreiten der Feuerwehr ist zu danken, daß der Brand nicht auf die übrigen Lager übergriff. Der bedeutende Schaden ist durch Versicherung gedeckt. Eine Einstellung des Betriebes ist nicht notwendig, da die Arbeiterschaft zu anderen Arbeiten verwendet wird.

Neue Ziehung der fünften Klasse der ersten Klassenlotterie. Bei der gestrigen Ziehung wurden die Grundzahlen 45 und 48 gezogen. 10.000 K gewann: 45.348; je 5000 K gewonnen: 34.148 38.645 83.645 102.248 126.245 176.545 209.448 211.648; je 2000 K gewonnen: 3948 12.148 15.445 18.048 21.945 25.048 37.245 39.848 61.045 70.645 76.245 89.648 96.245 100.345 100.448 109.348 111.248 113.548 126.548 130.245 132.945 152.345 157.548 160.148 172.248 181.548 205.445.

Einziehung der alten Ein-, Zwei- und Zehn-Seller-Stücke österreichischer Währung. Das Finanzministerium macht aufmerksam, daß nach der Regierungsverordnung vom 6. November 1924 die Verpflichtung, diese Münzen im Privatverkehr anzunehmen, am 20. November erloschen ist. Vom 21. November bis zum 4. Dezember 1924 werden diese Münzen nur noch von den Postämtern an Zahlungsstatt oder zum Umtausch angenommen. Oesterreichisch-ungarische Münzen, die nach dem Jahre 1918 geprägt wurden, sowie eiserne Zehn-Seller-Stücke sind überhaupt von der Annahme und Umwechslung ausgeschlossen. Am 5. Dezember 1924 verlieren diese Münzen überhaupt ihre Gültigkeit.

Veränderungen im Personenzugverkehr. Die Staatsbahndirektion Königgrätz teilt mit: Ab 1. Dezember l. J. treten folgende Veränderungen im Fahrplan der personenzuführenden Züge ein: Strecke Ostromöf—Jitschin: Zug 4113 verkehrt um 46 Minuten später, Abfahrt Ostromöf 6.24 Uhr; Ankunft Jitschin Hauptbahnhof 7.06 Uhr. — Strecke Parchnitz—Josefstadt—Jaroměř: Verkehrt an Sonn- und Feiertagen im Dezember 1924 und Jänner, Feber 1925, Zug 1056 mit Personenbeförderung: Abfahrt Parchnitz 21.25 Uhr, Ankunft Josefstadt—Jaroměř 0.19 Uhr. Zug 1056 hat in Parchnitz Anschluss von Trautenau; Abfahrt Trautenau 0.55 Uhr. — Strecke Rumburg—Georgswalde—Ebersbach: Zug 8903 verkehrt von Rumburg um 13 Minuten später, Abfahrt 12.33 Uhr; Philippstorf Abfahrt 12.45 Uhr; Ankunft Georgswalde—Ebersbach 12.49 Uhr.

Die Auswanderung aus Deutschland. Im Juli 1924 wanderten 1873, im August 4955, im September 4727 Reichsdeutsche über deutsche und fremde Häfen nach Uebersee aus. Das sind insgesamt im dritten Vierteljahr 11.555 Personen, gegen 12.103 Personen im zweiten und 18.137 Personen im ersten Vierteljahr 1924. Die Zunahme im August und September gegenüber Juli 1924 bringt deutlich zum Ausdruck, daß die Auswanderungsbewegung nach den Vereinigten Staaten von Amerika wieder eingesetzt hat, nachdem die Einwanderung dorthin nach Wahgabe der neuen Einwanderungsquote seit Mitte Juli wieder freigegeben wurde. Da aber die diesjährige amerikanische Einwanderungsquote auf zehn gleich große Monatsraten verteilt ist, konnte der Wanderungsstrom nicht wieder mit jener Stärke wie zu Beginn des letzten amerikanischen Rechnungsjahres (1. Juli 1923) einsetzen; im Juli 1923 wanderten 9786 Personen und im August 9933 Personen aus dem Deutschen Reich aus.

Wien baut weitere 952 neue Wohnungen. Im Rahmen des Bauprogrammes für das Jahr 1925 wurde in der letzten Sitzung des Wiener technischen Gemeinderatsausschusses der Bau von vier Wohnhausgruppen und die Erweiterung des Einkindenhauses in Fränsbau beschlossen. Mit der Abfassung der Pläne wurden außeramtliche Architekten betraut. Insgesamt werden infolge dieses Beschlusses 952 neue Wohnungen, ferner Geschäftslokale, Räume für Kinderhorte, Werkstätten, Ateliers usw. geschaffen. Die Baukosten dieser vier neuen Wohnhausgruppen und der Erweiterung des Einkindenhauses machen zusammen 95 1/2 Milliarden Kronen aus. Die Wohnhausgruppen werden in den Bezirken Favoriten, Brigittenau und Simmering errichtet.

Ein Drahtfester der Bezwoiselten. Aus Krassnodar (Sowjetrußland) wird demnächst ein Balalaika-Drahtfester nach Moskau kommen, welches nur aus obdachlosen Kindern besteht, die offenbar das Bestreben zusammengeführt hat, nicht ganz der Landstreicherei zu verfallen. Die Presse macht auf die kommenden Konzerte der aus 100 Kindern im Alter zwischen fünf (!) und 15 Jahren bestehenden Truppe aufmerksam.

Interniertenlager in Rumänien? Im Zusammenhang mit der Meldung über die Schaffung von Gefangen gegen Unruhestifter, will der Bukarester „Adevurul“ aus sicherer Quelle erfahren haben, daß die rumänische Regierung die Absicht hegt, zwecks Schutz gegen politische Komplotte auch Interniertenlager zu errichten. Laut den zu schaffenden Ausnahmengesetzen werden diejenigen, welche gegen das Leben oder Vermögen einzelner Personen Komplotte schmie-

den, den Schwurgerichten entzogen und den Berufsrichtern überantwortet werden. Solche Komplotte werden mit fünf bis zehn Jahren Freiheitsverlust bestraft werden. Diese Strafe trifft auch diejenigen, welche mit internationalen Organisationen (!!) in Verbindung treten, welche die Revolution oder die Umänderung der Staatsform bezwecken. Bestraft wird auch derjenige, welcher das Militär oder die Staatsangestellten zur Verweigerung ihrer Pflichten bewegen will. Diese Ausnahmengesetze sollen noch diese Woche votiert und damit in Verbindung ein Interniertenlager errichtet werden.

Internationaler Telefonkongress. Gestern trat in Paris zum zweiten Male der Internationale Beratungsausschuss für Telephonie auf große Entfernungen zusammen. In dem Ausschusse sind Oesterreich, Deutschland, Belgien, Jugoslawien, Schweden, die Schweiz, Italien, Frankreich und die Tschechoslowakei vertreten.

Ein polnischer Literaturpreis. Die polnische Regierung hat einen Preis von 5000 Floth gestiftet, der alljährlich für das beste Werk auf dem Gebiet der schönen Literatur erteilt werden soll. Die erste Preisverteilung wird im Feber 1925 stattfinden, und zwar gelangen dann zwei Preise zur Verteilung für die besten in den letzten drei Jahren erschienenen Werke.

Infolge verbotswidrigen Fahrens im Brennsberg hat sich auf Jede Zollverein bei Effen ein schweres Unglück ereignet. Als vier Bergleute im blinden Schacht den Förderkorb bemerken wollten, riß das Seil und der Korb stürzte in die Tiefe. Zwei der Bergleute sind auf dem Transport und einer nachher gestorben, während der vierte schwere Verletzungen davongetragen hat.

Wetterüberblick vom 25. November. Das heitere Wetter in Böhmen und im Bereich der Sudeten hat Montag eine Erhöhung der Nachmittags-temperatur bis auf 9 Grad Celsius verursacht. In der Slowakei war es bedeckt und kühl (Raschau 2 Grad Celsius). In der Nacht auf Dienstag ist auch in Böhmen eine Trübung eingetreten, so daß die nächtliche Abkühlung noch über Null ihr Ende fand. — Wahrscheinliches Wetter von heute: Erhebliche Bewölkung, Nebel, keine oder nur unerhebliche Niederschläge. Temperatur wenig geändert.

Volkswirtschaft.

Drohende Aussperrung in Ostböhmen.

Vertragsbruch des Deutschen Hauptverbandes der Industrie.

Die schon berichtet wurde, drohten die Unternehmer Ostböhmens mit der Aussperrung in den übrigen Industrien, falls die streikenden Metallarbeiter die Arbeit nicht bedingungslos wieder aufnehmen. Diese Drohung soll nun zur Durchführung kommen. In annähernd 30 Betrieben wurde von den Unternehmern den Arbeitern mitgeteilt, daß, falls die Metallarbeiter die Arbeit nicht bis Ende dieser Woche aufnehmen, sie ab nächster Woche ausgesperrt werden. Von dieser angekündigten Aussperrung würden annähernd 10.000 bis 12.000 Arbeiter betroffen werden.

Der deutsche Hauptverband, der bei jeder Gelegenheit, wenn ein Arbeiter sich nicht streng an die Vertragsbestimmungen hielt, den Vorwurf des Vertragsbruches gegen unsere Organisationen erhob, beabsichtigt eine Aussperrung, obwohl er auf der ganzen Linie mit den Gewerkschaften im Vertragsverhältnis steht und in den Verträgen ausdrücklich vermerkt ist, daß vor Zusammen-treten der vorgesehenen Schlichtungskommission keine Aussperrung erfolgen darf. Der deutsche Hauptverband als führende Organisation der deutschen Industrie propagiert also öffentlich durch seine Sekretäre den von ihnen früher immer verurteilten Vertragsbruch.

Mit welchen Mitteln diesmal der Kampf geführt werden soll, beweisen die Erklärungen einzelner Unternehmer an die indifferenten Arbeiter, daß sie im Falle der Aussperrung von ihnen die gleiche, eventuell eine höhere Unterstützung, als sie von der Organisation erhalten würden, bekommen werden. Wenn man vor dem Vertragsbruch nicht mehr zurückdreht, so darf es auch nicht wundernehmen, daß die Unternehmer auch dieses letzte schmutzige Mittel nicht verschmähen. Die Unternehmer sind der Auffassung, daß nun ganz Arbeit gemacht werden soll, damit die Verhältnisse wiederkehren, wie sie früher einmal in Ostböhmen bestanden haben: Unbeschränkte Arbeitszeit, niedrige Löhne, die von dem Unternehmer einseitig festgesetzt werden, Aufheben jeder Freizügigkeit — das sind die Phantome, denen die Unternehmer nachjagen.

Am Dienstag, den 25., sollten, von der Trautenauer Bezirksverwaltung veranlaßt, neuerliche Verhandlungen stattfinden um zu versuchen, ob es möglich ist, die Erweiterung des Konfliktes zu verhüten. Die ganze Öffentlichkeit ist auf das stärkste beunruhigt, denn die angekündigte Kampferweiterung würde eine Katastrophe für die ganze Geschäftswelt darstellen. Das Weihnachtsgeschäft, auf das die meisten Geschäftsteile hoffen, wäre dadurch vollständig verdrorben und der Ruin mancher Gewerbetreibenden würde herbeigeführt werden. In diesem Fall kann neuerdings festgestellt werden, wach hohes Interesse auch der gesamte Mittelstand an geordneten Verhältnissen der Arbeiterschaft hat. Die Arbeiterschaft sieht jedoch der weiteren Entwicklung ruhig entgegen und ist entschlossen, mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln die Absicht der Unternehmer zu durchkreuzen.

Die Österreichische Arbeiterbank hat sich in der letzten Zeit sehr erheblich entwickelt. Die Einlagen, die in erster Linie aus den Geldern der Genossenschaften, die an der Bank beteiligt sind, stammen, beliefen sich Ende des letzten Jahres auf 40 Milliarden Kronen, heute betragen sie 120 Milliarden. Sie haben sich also im Laufe dieses Krisenjahres verdreifacht. Als Kreditnehmer nahmen in erster Linie die Genossenschaften in Betracht. Demnach soll die Arbeiterbank die Spar- und Einlagegeden der Privatpersonen an sich zu ziehen trachten, wofür das Aktienkapital erhöht werden soll. Die Arbeiterbank ist die einzige Bank, die in diesem Jahr keinen Personalaushau durchgeführt hat. Ein Teil der kapitalistischen Presse verfolgt die günstige Entwicklung der Arbeiterbank mit größtem Argwohn und hat über ihre Geschäftsführung falsche Gerüchte verbreitet, um das Vertrauen des Publikums zu erschüttern. Die grundlosen Verleumdungen konnten jedoch keinen Schaden anrichten, was daraus hervorgeht, daß seit Beginn dieses Pressefeldzugs die Einlagen statt sich zu vermindern, um 30 Milliarden Kronen zugenommen haben.

Produktenbörse. (Offizieller Bericht vom 25. November.) Weizen 205-215 Prag, amerif. Hartweizen 230 Teischen, Roggen 205-215 Prag, amerif. Weizen 212 Teischen, Gerste Ia 250-255 Prag, Hafer feucht 145-150, weicher 153-156 Prag, Weizenmehl 0 3.50, Roggenmehl 0 3.15, amerif. Patent 3.25 Teischen, ungar. 3.30, Brautislava, Weizenmehl 3.65, Reis Burma II. 2.75 Teischen, Mühlmehl 3.65 Teischen, ital. 4, Prag, Kaffee Rio 26.50, Santos 29-32, Quatemala 35-38, Tee Souchong 50-51, Orange Pekoe 60-63, Mandeln 34-35%, Rosinen 15-20, böhm. Pflaumen 6-, Erbsen 2-3.50, Linsen 4-6%, weiße Bohnen 2.50, Nüch 6-7, Nüsse 7-7½, Mais Va Plata 178 ab Teischen, jugoslawischer per Dezember 126 ab Syob, Industrieartstoff 40-42, Speiseartstoff 50-55 ab Station, Kraut 15 ab Pardubitz, Sirse 2.75 ab Prag, Mehl 14-18, Weipfliz 22-28, schwedischer Klee 7-13, Incarnat 2.50-3, Wundlee 12-14, Vignus 2.40-2.80, Luzernklee heimischer 12-14, französischer 14-15, Weide 1.70, Pelusche 1.40-1.50, Bucharalce 4-5, Timothäusgras 4-5.50, Lupine blau 1.50-1.80, Lupine gelb 1.80-2.40, englischer und französischer Rotklee 8-9, italienischer 7.50-8.50, Raps 3.80 bis 4, Senf 4-5, Buchweizen 1.60-1.80, Zuckerrübe 4-5, heimische Futterrübe 8-8.50, deutsche 11-12, Banfmann polnische 3-3.50, Reinsamen 3.80-4.20, Heu gepreßt, böhmisch, 65-68, slowakisch 45 ab Prag, Stroh gepreßt 26-30 ab Prag, Kleie 115-120, deutsches Stroh 112 ab Teischen, amerikanisches Bett 13.75-14 ab Teischen,

Die Hebammenpraxis und Das Verbot ihrer Ausübung.

Man hört von Zeit zu Zeit, daß dieser oder jener Hebamme von der politischen Behörde erster Instanz (Bezirkshauptmannschaft, Magistrat) das Diplom abgenommen wird und das Recht, die Hebammenpraxis weiter auszuüben, entzogen worden sei, weil sie sich laut gerichtlichen Urteilen des Verbrechens der Fruchtabtreibung oder vielmehr juristisch gesprochen — der Mithilfe beim Verbrechen der Fruchtabtreibung schuldig gemacht hätte. Diese „selbständigen Verfügungen“ treffen die Beteiligten überaus hart, weit härter als die gerichtliche Strafe selbst. Sie gleichen in ihrer Wirkung den gerichtlichen „Straffolgen“, mit denen sie das gemein haben, daß sie oft den Verurteilten für sein ganzes Leben ins Elend stoßen und mit ihm seine unschuldige Familie noch büßen lassen, wenn seit der Abhängung der Strafe selbst schon Jahre verfloßen sind u. daß sie den Verurteilten manchmal geradezu verhinderte, je wieder auf den Weg des Rechtes zurückzukehren. Es sei hier aus einem Aufsatze des Doz. Dr. Hoyer (in den „Medizinischen Nachrichten“ Nr. 22) angeführt, daß sogar eine bedingte Verurteilung der Hebamme (also eine Verurteilung mit Bewährungsfrist) die politische Behörde veranlaßt, den Verlust des Diplomes zu verhängen. Also: Das Gericht sagt: „Wir sind überzeugt, daß du dich bessern kannst — lebst du so und so viel Jahre nach dem Gesetze, so find die Strafe und Straffolgen erlassen“ — der Bezirkshauptmann aber erklärt: „Nichts da, such dir nach Abhängung der Strafe einen anderen Verdienst, findest du ihn nicht, verhungere mit deinen Kindern nach § 30 der Strafsatzordnung, die mir das Recht gibt, dir das Diplom zu entziehen.“

Bahrlieh aufs äußerste hartherzig müssen wir die oben geschilderte Anwendung des Gesetzes bezeichnen, die bei der Verurteilung anstatt des Strebens nach Besserung nur die Verzweiflung weckt, und wir mühten die Milderung des Gesetzes verlangen oder wenigstens seine schematische Anwendung bekämpfen — wenn, ja wenn in dem Gesetze wirklich das stünde, was die Behörden herauslesen.

Dozent Hoyer weist auf die Wendung „unter Beobachtung der bestehenden Vorschriften“ in § 30 St. G. hin und liefert in gründlicher und gewissenhafter Weise den Nachweis, daß es solche Vorschriften nicht mehr gibt, daß also die Diplomentziehung ungesetzlich ist. Wer in dem Aufsatze die Erkenntnisse des Wiener Verwaltungsgerichtshofes liest, die die Diplomentziehungen bestätigen, muß den Kopf schütteln, wenn er wahrnimmt, was für gewaltsame Gesetzesauslegungen möglich sind. In den letzten Jahren wagte man nun nicht mehr die Diplomentziehung nach dieser gewaltsamen Gesetzesauslegung auszusprechen und namentlich in der tschechoslowakischen Republik fürchteten die Verwaltungsbehörden, beim Verwaltungsgerichtshof nicht mehr der gleichen Auffassung zu begegnen, wie bei dem Wiener. Aber „Gerechtigkeit mußte sein“. Man fand glücklich im „General-Sanitätsnormativum“ vom Jahre 1770 eine diebezügliche „pösende“ Bestimmung, die in den letzten Jahren häufig zitiert wurde und auch das tschechoslowakische Gesundheitsministerium hat 1919 auf sie hingewiesen.

Hoyer weist nach, daß auch diese Berufung eine irrtümliche ist, da die bezügliche Bestimmung schon 1808 durch die „Instruktion für Hebammen“ aufgehoben wurde. Der Verfasser ist nun selbst der Ansicht, es liege wohl „ein beträchtliches öffentliches Interesse vor, jenen Hebammen, die denen infolge wiederholter Kunstfehler, andauernder Nachlässigkeit und Unsauberkeit in ihrem Berufe oder strafrechtlich verpönder Handlungen und Unterlassungen, nicht mehr die, für die Aus-

übung ihres Gewerbes nötige Vertrauenswürdigkeit und Verlässlichkeit vorausgesetzt werden kann, die weitere Ausübung der Hebammenpraxis für bestimmte Zeit oder für immer zu unterlagen und ihnen in Durchführung dieses Verbotes das Hebammen-Diplom abzunehmen. Ein solches Verbot, das offenbar einen behördlichen Eingriff in die durch die Verfassung durch einen jeden Staatsbürger gewährleistete Freiheit der Erwerbstätigkeit darstellt, könnte aber lediglich auf Grund eines Gesetzes ausgesprochen werden.“

Auch die Bekämpfer des unbedingten Mutterpflichtzwanges werden es nicht dulden wollen, daß die Einleitung der Fehlgeburt durch jemand anderen als den geschulten Facharzt vorgenommen werde, was natürlich Strafbestimmungen für Nicht-Fachärzte, die diesen Eingriff vornehmen, voraussetzt. Allerdings müssen alle diese Strafbestimmungen als Gesetze zustandekommen und nicht als Einfälle von Verwaltungsbeamten. Nebenbei wird es wohl selten einer Frau einfallen, den Eingriff von einer Hebamme machen zu lassen, wenn sie sich erst einmal an einen Facharzt wenden können, der erstens für seine Leistung nicht wie heute, eine ungeheure Kriminal-Risiko-Prämie fordern wird.

Ein weiteres Ergebnis des Hoyer'schen Nachforschungs ist die Erkenntnis, daß die gegenwärtig in Geltung stehende „Instruktion für Hebammen vom Jahre 1881“ als solche rechtswidrig ist. Sie ist nicht einmal ordnungsgemäß veröffentlicht worden. (Diese Instruktion ist ein ausgeprochenes Klageschreiben mit ausbeuterischen Bestimmungen. Sie verlangt Leistungen, ausgedehnte Leistungen und Erwerbsbeschränkungen von einem fast durchwegs proletarisierten Stande, ohne ihm hierfür auch nur die geringsten Gegenleistungen zu bieten.)

Der Hoyer'sche Aufsatz wird weitgehende Folgen haben. Hunderte Hebammen, denen das Diplom entzogen wurde, werden Schritte tun, um es wieder zu erlangen und die Regierung wird gezwungen sein, sich mit der Regelung des Hebammenwesens zu beschäftigen, aber auf eine solche Weise, wie es die Verfassung bestimmt. Es ist ganz ausgeschlossen, daß derartige Bestimmungen Gesetzeskraft erlangen könnten, wie z. B. die derzeitige Vorschrift, daß die Hebamme, wenn sie nicht durch eine zweite Hebamme vertreten werden kann, sich nie ohne dringende Ursache über Nacht von ihrem Wohnorte entfernen soll und, wenn sie Kenntnis hat, daß sich daselbst Hochschwanger befinden, auch bei Tage nicht ohne Not vom Hause abwesend sein soll — dies alles, ohne für die Wartezeit auch nur auf einen Heller Entschädigung Anspruch zu haben.

Es steht höher, Unrecht als solches zu kennzeichnen, selbst wenn es an Straffälligen verübt wurde, als fette Prozesse zu gewinnen.

Gerichtssaal.

Die Banilosaffäre vor Gericht.

Brag, 25. November. Heute hatte sich vor dem Strafgerichte der Sektionsrat des Arbeitsministeriums Dr. Bevoda zu verantworten, der von der Anklage beschuldigt wird, in seiner Eigenschaft als Leiter der Banilosabteilung des Arbeitsministeriums sich unanständiger Manipulationen schuldig gemacht zu haben. Die Anklage behauptet, daß der Sektionsrat Banilose veruntreut, an Privatpersonen weiterverkauft und zur Bedienung seiner eigenen Banilschulden verwendet hat. Ob Bevoda, wie es bei Aufdeckung der Affäre hieß, unvertauschte Lose, auf die ein Gewinn entfallen war, sich aneignete und den Gewinn einzog, konnte nicht sichergestellt werden. Bei einer Sonderuntersuchung wurden bei ihm 300 Banilose und eine Korrespondenz gefunden, aus der hervorgeht, daß

Bevoda unter falschem Namen auf der Börse spekulierte.

Der Angeklagte, der sich sehr gefoht und sicher benimmt, bleibt beharrlich dabei, daß die Anklage gegen ihn hinfällig ist, und läßt durchblicken, daß nur die Mißwirtschaft im Ministerium daran schuld sei, daß er heute auf der Anklagebank sitze.

Der Zeuge Dr. Spinka, Abteilungspräsident im Arbeitsministerium, gab zu, daß die Geschäftsgebarung in der Banilosabteilung nicht sehr erfreulich war. Auch der Präsidialchef des Arbeitsministeriums Sirvatka wußte über diese Affäre nichts Besonderes zu berichten. Der Beamte der Rechnungsabteilung Bartos gab an, die Abrechnungen über die Banilose hätten in der letzten Zeit nie gestimmt, er sei aber von Bevoda, den er um die fehlenden Belege hat, immer vertröstet worden. Die Zeugnisaussage zieht sich bis in die späten Abendstunden hin, ohne wesentlich Neues zu bringen, worauf die Verhandlung auf morgen vertagt wurde.

Offizier und Benzinlieferant.

Das O. m. i. n. e. r. Divisionsgericht verhandelte am Montag die Klage gegen den Fliegerleutnant J. Hornik, der beschuldigt war, als Kommandant des Magazins der Fliegerschule in Eger gemeinsam mit dem Magazinarbeiter Kottmeister Koptiva dem Egerer Brauhaus Fliegerbenzin und Öl geliefert und dadurch dem Staate einen Schaden in der Höhe von 90.000 K verursacht zu haben. Den Betrag verschwendete er leichtsinnig. Kottmeister Koptiva ist bereits vom Wiener Divisionsgericht verurteilt worden. Leutnant Hornik gestand bei der Verhandlung alles ein. Bei der Konfrontation mit dem ehemaligen Kottmeister Koptiva erklärte Leutnant Hornik, daß Koptiva 40.000 K von ihm erhielt. Auf Grund dieser Erklärung wird die Verhandlung mit Koptiva neu aufgenommen werden. Das Divisionsgericht verurteilte Leutnant Hornik zu drei Jahren schweren Arrests und zum Verlust der Offizierscharge.

Für 179.40 Kronen — ein Jahr Arrest.

Wegen Verbrechens des Mißbrauches der Amtsgewalt und Verbrechens der Veruntreuung hatte sich der Oederfurter Postassistent Karl Kaschpar vor dem Ostrauer Geschworenengerichte zu verantworten. Wie ihm die Anklage vor legt, hat er in der Nacht vom 13. auf den 14. August seine Amtsgewalt mißbraucht und einige Briefe mit Gehaltsveruntreut.

Am 14. August l. J. kam in das Gasthaus „Zur Südbahn“ in Oederfurt der Wachmann Franz Alter, wo er einen ihm verdächtig erscheinenden Mann beobachtete und zur Rede stellte. Der Fremde verweigerte jedoch jede Auskunft und versuchte zu flüchten. Dieser Fluchtversuch aber mißlang. Anfangs wollte der Fremde gar nicht einmal seinen Namen nennen, schließlich sagte er aber doch, als ihm gedroht wurde, daß er zur Polizei abgeführt wird, daß er Karl Kaschpar helfe und Postbeamter in Oederfurt sei. Im Zuge der Erhebungen wurde festgestellt, daß Kaschpar bei Ausübung seines Dienstes in der Nacht vom 13. auf den 14. August einige Briefe mit 50.000 österreichischen Kronen, zwei Rentenbriefe und einige Dollar im Gesamtbetrage von 179.40 K entwendet hatte. Als ihn der Wachmann im Gasthause durchsuchte, fand er bei ihm eine Menge von Briefen, ausländischen Bantein und 420 K.

Kaschpars Verantwortung lautet dahin, daß er nur 700 K monatlichen Gehalt habe, daß er von einem Schneider bedient wurde, außerdem, daß er erkrankt war und ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußte.

Die Hauptfrage auf Mißbrauch der Amtsgewalt wurde von den Geschworenen mit neun gegen drei Stimmen, die auf Veruntreuung lautende Frage mit zwölf Stimmen bejaht, worauf Kaschpar zu einem Jahr Stramm Arrest verurteilt wurde.

Devisenturse.

Die tschechische Krone notiert in:

New York 100 Kc	Dollar 2.03.97
Berlin 100	Schweiz. Frank 15.47.30
Berlin 1	Mark 125.209.000.000.00
Wien 1	Österr. Kronen 2.122.00

Prager Kurse am 25. November.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1367.00 00	1373.00 00
1 Billion Mark	8.09.90	8.13.00
100 belg. Frank	104.50 00	106.00 00
100 schweiz. Frank	153.50 00	155.50 00
1 Pfund Sterling	156.80 00	158.20 00
100 Lire	147.12 00	148.62 00
1 Dollar	23.00 00	24.20 00
100 franz. Frank	179.82 00	181.12 00
100 Dinar	49.30 00	49.80 00
10.000 ungar. Kronen	4.47.25	4.67.25
10 poln. Hlotz	652.50 00	658.50 00
10 österr. Kronen	4.70.87	4.90.87

Musik der Straße.

Unter dem Schlagworte „Musik der Straße“ müssen wir alles das verstehen, was sich unserem Ohre auf Straßen und Gassen mittelbar und unmittelbar als musikalische Klanganreicherung zu erkennen gibt. Und zwar nicht nur die geordneten Klangreihen und Klangkomplexe, die uns als gewollte und absichtliche Musik der Straße begegnen, sondern auch die vielen ungeordneten Töne, musikalischen Laute und Stimmen, die sich aus dem Lärm der Stadtgedränge vernehmen lassen. In diesem Sinne ist zu sehen der eigentlichen Musik der Straße in geschlossener Form und der interjektionsartigen des Straßenpektrals zu unterscheiden.

Der moderne Zeitgeist kommt in beiden zum Ausdruck; erstere ist zur besseren geschäftsmäßigen Werbung nahezu vollständig mechanisiert, letztere wieder resultiert aus den modernen Erscheinungen des im Zeichen der fortschreitenden Technik stehenden Straßenbildes. Die Poesie und Romantik der Straßenmusik früherer Zeiten ist uns völlig abhanden gekommen. Das Horn des Postillons weckt seinen Schläfer mehr, das Lied des Straßenfängers ist ebenso verstanden, wie seine Ausgestaltung das Straßenschild oder der Gassenhauer, längst abgeblüht ist. Das John-Wabohu der verschiedensten Automobilsignale, vom scharfen Pupent des Motors bis angefangen und dem tiefen senoren Bass großer Automobiltrumpeten angefangen bis zum bellenden Sirenengeschrei und zur Frankare, die warnenden Glockensignale der elektrischen Bahnen, das mehr oder weniger harmonische Geläute der Kirchenglocken des frühgeheute des Maschinenmannes, das Surren der Motoren, der Ruf der Fabrikströmen und Dampfmaschinen usw. usw., vereinigen sich heute zu jenem Klanggebilde das man als „Symphonie der Großstadt“ bezeichnen kann. Und die eigentliche Musik in geschlossener Form ist gegenwärtig zur

Schablonen armeligsten Bettelmusikantentums herabgesunken.

Doch von diesem Bettelmusikantentum als maßgebendster Form der Straßenmusik soll später erst die Rede sein. Zunächst wollen wir die bürgerlichen Luxusarten moderner Straßenmusik feststellen. Hast du, lieber Leser, schon einmal das Vergnügen gehabt, gegenüber oder neben einer prächtigen Bürgerfamilie zu wohnen, die sich rein zum Luxus einen Papagei hält? Sein Geschrei und Geschrei ist sogar im Winter bei geschlossenen Fenstern und Türen zu hören, steigert sich aber im Sommer, wenn die Menschen bei offenen Fenstern halb auf der Gasse leben, zur Unentgegbarkeit und ehrenverletzenden Qual. Sind diese Papageien die nichts anderes tun als ihre Umgebung belästigen und den armen Leuten das Brot wegstehlen, notwendig? So leblich der Gesang des Singvögelchen im Vogelbauer klingt, so widerspänig ist das Geschrei des unmusikalischsten aller Vögel, des Papagei, der grundmäßig falsch pfeift, auch wenn er ein Motiv oder Signal scheinbar endlich erlernt hat.

Der Papagei steht aber nicht allein da mit seiner nachbarstörenden Musikerei. Viele Menschen sind wie Papageien. Nicht nur, daß sie sich ebenso gerne schmeiden wie diese. Sie tun es ihnen auch gleich in der Ausdrucksweise und dem Eigendünkel, mit ihrer angeblichen Kunst der Mittel und Umwelt gefallen zu wollen. Es ist mitunter direkt eine Strafe, den Sommer in einer „musikalischen“ Gasse zubringen zu müssen, wenn aus dem einen Fenster der feineren Gende Gesang irgendeiner Kunstgattung erklingt, während anderwärts ein Geiger sifflert, anderswo das zwei- oder vierhändige Klaviergehämmert irrfinniger Kunstschmähungen zu hören ist, hier ein Grammophon kreischt, dort eine Mandoline oder verstimmt Lauter jammert usw.

Dieses ist die bürgerliche Form der Musik der Straße. Die proletarische erschließt sich uns in dem Mitleidsbegriffe des Bettelmusikantentums.

Bettelmusikanten Bettler, die sich der Musik als Bettelmittel bedienen, hat es seit den ältesten Zeiten der Musikgeschichte gegeben; in vornehmer und armlastiger Art. Die unherzighenden Sängler oder Rhapsoden des Altertums, die heute im Wege verkehrten jahrenden Spielleute des Mittelalters, sind hier zu nennen. Dieser gehört auch der berühmte Dada-Sad, dessen Geschichte nach Schottland und Irland hinüberweicht und bis in die frühesten Zeiten öffentlichen Musikantentums zurückreicht. Er ist übrigens mit der Drehorgel oder „Musette“ als Vorläufer der Drehorgel oder des Vielerkastens anzusehen, dem Hauptinstrumente musikalischen Vorkommens der Gegenwart in Mitteleuropa. Dieses Bettelmusikantentum hat sich bei uns sogar in einer Art „Kunst“ entwickelt. Es gibt nämlich Drehorgelvirtuosen der verschiedensten Art, von der wohnungreichen Figur des selbstbewußten Leiermanns angefangen bis zum feinsten Orchesterinstrumentenbesitzer, der sein Bettelinstrument mit Pferd und Wagen weiterbefördert. Und es gibt auch „Künstler“ und „Dilettanten“ unter den Leiermannern, solche nämlich, die die Leier ihres Vorkommens mit Gefühl und rhythmischen Verständnis handhaben und solche, die ihre Walze einfach geschäftsmäßig abdrehen.

Im Verbreitung und Popularität am nächsten steht dem Leierkasten die Zehharmonika. Zehntener begeben wir der „Stammesmusik“ d. i. dem Ensemblespiele betretender Musikanten. Obwohl man in den größeren Städten genug Gelegenheit hat, Instrumentalmusik (meist Gesang und Zehharmonika) als Hof- und Straßenmusik zu lernen, am allerbesten trifft man Polka-Bettelmusikanten, von Gassenhauer- und Zolenduetten abgesehen. Die „heiligen Dreikönigssänger“ dürften den Gipfel vorkaler Bettelmusik bedeuten.

Eines der originalsten Instrumente moderner musikalischer Vorkommens ist das Grammophon. Sein vorerst noch recht kostspieliger An-

schaffungspreis und durch alle möglichen Nebenstände nur sehr bedingter Betrieb hat doch einzelne sündige Bettler nicht abhalten vermocht, die lequomere und dabei mehr Aufsehen und Bekanntheit machende Art des Grammophons der unheimlichen und fast immer bekannnten und gebähten Handhabung des Vielerkastens vorzuziehen. Die Mannigfaltigkeit des musikalischen Vorkommens ist gegenwärtig so groß, daß man an „bewogenen“ Sonntagachmittagen ganze Konzertprogramme in abwechslungsreicher Folge zu genießen in der Lage ist. Nur die Leistungsfähigkeit der Vielerkastens hinsichtlich Reichhaltigkeit ihrer „Programme“ zu erwähnen, die neben den jeweils neuesten Schlagern der Operette und des Cabaretts (die Walze der Drehorgel wird von Zeit zu Zeit ausgetauscht oder entsprechend umgearbeitet) auch mit Wagner, Verdi, Mascagni, Gounod usw., usw., aufwarten.

Manch tragisches Schicksal entfällt sich und korrigiert in dem Bettelmusikantentum der Straße. Kürzlich erst erfuhr man durch eine Zeitungsnote, daß ein einst berühmter Geiger als ganzlich verarmter Greis an den Strassencken New-Yorks spielte, um sein klägliches Dasein zu fristen. Und wie bedauerenswert sind doch jene Kerntzen, die im Arge ihr Leben einsetzten, zu Krüppeln wurden, und denen der Staat als besondere Belohnung die Lizenz zum „Vielerkastensgewerbe“ verleiht.

Ubrigens, bei aller Minderwertigkeit der modernen Straßenmusik ist nicht zu übersehen, daß sie zum Teile sogar eines der primärsten musikalischen Volksbildungsmittel darstellt. Denn auch der moderne Bettelmusikant, sei es jetzt der Leiermann, Hof- und Straßenfänger, Bettelgrammophonist oder Straßengeiger, legt Wert darauf, fortwährend zu bleiben und jenseits das Neueste zu bringen. Edwin Janettschel.

Die praktische Hausfrau verwendet

GEG-ZICHORIE

weil diese am besten, billigsten u. ausgiebigsten ist!

Erhältlich in allen Konsumvereinen!

Mitteilungen aus dem Publikum.

Stock Brandy Medicinal.

garantiert echtes, reines Weindestillat, 3005
lehnt an keiner seinen Tafel.

Das Beste für Ihre Augen

liefert Optiker Deutsch, Prag,
Graben 25, K. L. Basser.
2075

Was machen Sie jeden Abend?

Ich lasse mich mit DIANA-Franzbranntwein massieren!
Warum gerade mit DIANA-Franzbranntwein?
Weil ich mich überzeugt habe, daß nur Massage mit

DIANA

Franzbranntwein

mit Menthol 2071

solche Schmerzen lindert, welche von Ueberanstrengung und schwerer Arbeit herrühren. Eben darum kaufe ich nur den DIANA-Franzbranntwein und weise minderwertige Nachahmungen energisch zurück!

Ueberall erhältlich!

DIANA-Franzbranntwein-Produktion G. m. b. H.

PRAG VII., WIEN II.,
Drahoběžkova 1073, Engertstraße 109.

Wilhelm II. als Selbstmordbandit.

Der Chefredakteur des „Berliner Tageblatts“, Theodor Wolff, veröffentlichte dieser Tage im „Berliner Kulturpolitik“ ein Buch: „Das Vorspiel“, in dem er die schnelle Entwicklung der wilhelminischen Ära von der byzantinischen Scheingröße zum völligen Zusammenbruch schildert und begründet. Wie uns mitgeteilt wird, stützt sich dieses Werk, das im Gegensatz zu den „Vollendeten Tatsachen“ keine Wiedergabe früherer T. W. Artikel, sondern eine völlig neue politisch-geschichtliche Arbeit darstellt, auf eine ganze Anzahl bisher unveröffentlichter Dokumente, insbesondere Kaiser- und Bülows Briefe. Aus der Neuerschließung sei hier ein Abschnitt wiedergegeben, der schon deshalb von hohem Interesse ist, weil er das Bild des Anglistensmannes vervollständigt, der zum Leidwesen seiner Zeitgenossen auf Deutschlands Thron saß. Hier tritt Wilhelm II. in einer ganz neuen Rolle auf, nämlich als Selbstmordbandit! Die Dinge spielen in der Zeit nach der Zusammenkunft Wilhelms II. mit dem Zaren in Björkö. — Der Reichskanzler lehnte es ab, die Verantwortung für die diplomatischen Eigenmächtigkeiten seines kaiserlichen Herrn zu übernehmen und reichte, wie erst viel später bekannt wurde, sein Entlassungsgesuch ein. Dazu schreibt Theodor Wolff:

„Wahrscheinlich ruht in verschlossenen Archiven und fest verwahrten Schränken kein ähnliches Schriftstück wie der Brief, in dem Wilhelm II. am 11. August 1905 dem wohl nicht unbedingt amtswidrigen Fürsten Bülow ansahle, neben dem Throne anzuharren. Der Brief wurde in Wilhelmshöhe geschrieben, und seine Existenz blieb natürlich, wie das Demissionsgesuch Bülows und die ganzen Vorgänge in und um Björkö, dem Volke verborgen, bis man ihn, gut aufbewahrt, zwischen den anderen Papieren des Auswärtigen Amtes fand.

Wilhelm II. sagte in dem Schreiben... er habe ihn, dem Reichskanzler, nur vorzuarbeiten und zu helfen versucht. Da habe der Fürst ihn „ein paar tühle Jellen“ und seine Entlassung geschickt. „Vom besten, intimsten Freunde, den ich habe, so behandelt zu werden, ohne Angabe eines stichhaltigen Grundes, das hat mir einen solchen fürchterlichen Stoß gegeben, daß ich vollkommen zusammengebrochen bin und befürchten muß, einer schweren Nervenerkrankheit anheimzufallen.“ Er beschwor den Freund, ihm das nicht anzutun: „Ihre Person ist für mich und unser Vaterland 100.000mal mehr wert als alle Verträge der Welt.“ „Ich habe sofort beim Kaiser (von Rußland) Schritte getan, die diese beiden Worte abschwächen oder eliminieren sollen.“ Habe ihn nicht Bülow gegen seinen Willen „in Tanger eingekerkert“? Eindringlich erinnerte er den Reichskanzler an diese Begebenheit und an die Gefahren, von denen in Tanger sein Leben bedroht (?) gewesen sei: „Ich bin Ihnen zuliebe,

weil es das Vaterland erheischte, gelandet, auf ein fremdes Pferd (!! D. Red.) trotz meiner durch den verkrüppelten linken Arm behinderten Reittätigkeit gestiegen, und das Pferd hätte mich um ein Haar ums Leben gebracht, was Ihr Einlass war! Ich ritt mitten zwischen den spanischen Anarchisten durch, weil Sie es wollten und Ihre Politik davon profitieren sollte, und jetzt wollen Sie mich, wo ich das alles — und, wie ich zurecht glaubte, noch weit mehr — für Sie getan, einfach fahren lassen, weil meine Situation Ihnen zu ernst erscheint!! Aber Bülow, das habe ich nicht um Sie verdient! Nein, mein Freund, Sie bleiben im Amt und bei mir und werden mit mir gemeinschaftlich weiterarbeiten ad majorem Germaniae gloriam. („Zum größeren Ruhm Deutschlands“, D. Red.) Sie sind mir durch meine diesjährige Verwendung ja geradezu verpflichtet. Sie können und dürfen mir nicht verjagen, damit wäre Ihre ganze eigene diesjährige Politik von Ihnen selbst desavouiert und ich auf ein einzig blamiert! Was ich (in dem Briefe unterstrichen) nicht überleben kann.“ — Ein Postscriptum besagte: „Der Morgen nach Eintreffen Ihres Abschiedsgesuches würde den Kaiser nicht mehr am Leben treffen“, und die verzweifelte Mahnung: „Denken Sie an meine arme Frau und meine Kinder!“ bildete den melodramatischen Schluß.

Es wäre vielleicht ad majorem Germaniae gloriam besser gewesen, wenn Bülow sein Abschiedsgesuch doch eingereicht, zugleich aber alleruntertänigst S. M. in eine Anstalt hätte bringen lassen, ähnlich wie manche seiner königlichen bayerischen Vettern. Aber auch dann wäre keineswegs sicher gewesen, daß Deutschland vor weiteren Schaden bewahrt geblieben wäre, denn der Thronfolger hatte zwar gesündere Nerven, aber schwamm damals völlig im alldeutschen Fahrwasser. Diese Erwägung mag Bülow veranlaßt haben, sein Entlassungsgesuch nicht einzureichen. Im übrigen: Wer glaubt, daß Wilhelm wirklich jemals Selbstmord verübt hätte? Zum Selbstmord gehört immerhin etwas Mut. Und wer noch monatelang bei dem bloßen Gedanken zittert, daß er einmal ein fremdes Pferd geritten hat, der wird schon nicht die Entschlußkraft aufbringen, sich ins Jenseits zu begeben. Wenn je Wilhelm einen Anlaß gehabt hätte, Selbstmord zu begehen, oder wenigstens den Tod zu suchen, so doch in den Novembertagen von 1918. Aber auch damals zog er es vor, den Weg nach Holland zu nehmen. Diese Selbstmorddrohung trägt alle Merkmale jener Verzweiflungseinstimmung, die heranwachsende Kinder in den Pubertätsjahren bei oft nichtigen Anlässen durchmachen. Sie ist ein neuer Beweis für die bereits aus Tadelnden von Zeugnissen bekannte Tatsache, daß Deutschland 29 Jahre lang von einem schweren Psychopathen regiert worden ist.

Literatur.

Capel: „Absolutum“ — Hoth: „Hotel Savoy“. Beim Verlag „Die Schmiede“ in Berlin ist in den letzten Wochen eine ganze Reihe guter Bücher erschienen, von denen wir vorerst der zwei im Schlußwort genannten Erwähnung tun. Karel Capels Roman, eine humoristisch-satirische Utopie (mit dem Untertitel „Die Gottesfabrik“), ist gewissermaßen die Fortsetzung und Ueberirumpfung des Gedankens, der seinem Schauspiel „A. U. A.“ zugrunde liegt. War es hier die künstliche Herstellung von Menschen, die einen Weltkonflikt, Revolution, Untergang und Erneuerung bewirkte, so ist es in dem neuen, epischen Werte des genialen Schriftstellers die chemische, künstliche Produktion des „Absolutum“, die Erzeugung Gottes durch vollkommene Vernichtung der Materie, die eine technische, soziale und sittliche Ummwälzung der Welt herbeiführt. Das „Absolutum“ erzeugt überall dort, wo die Materie es erntend, ununterbrochen und ins Gigantische alle Bedarfsartikel ohne Zutun der Menschen, die ihrerseits von dem freigeordneten Göttlichen religiös überknappen. Aber sowohl die planlos wilde Erzeugung als auch der allgemeine religiöse Wahnsinn stürzen die Menschheit in eine noch nicht dagewesene Katastrophe, an deren Ende die Vernichtung des unheilvollen Absolutum steht — Das Beste an diesem fesselnden, originellen Buche ist die Satire, die Capel auf die Menschen und Zustände von heute häuft. Die Götter dieser Welt, das sind der Kapitalismus, seine Presse, seine Wissenschaft, seine Kirche, seine Politik — dies und noch viel mehr wird mit schonungslosem Spott und Hohn an den Pranger gestellt. Für und besonders interessant ist dieser Roman durch den Umstand, daß er vorwiegend in Prag und in der Tschechoslowakei spielt, wo das Absolutum entdeckt wurde. Es präselnt nur so von Haupt- und Seitenlieben auf die uns nächstliegenden „Ideale“ festgestellt muß noch werden, daß die Uebersetzung Anna Aufenbüchels in einem sehr mäßigen Deutsch gehalten ist. — „Hotel Savoy“ von Josef Roth ist der Roman eines russischer Gefangenschaft Heimkehrenden, der mit dem Wiederaufbau seines Lebens in einer oftgalizischen Stadt beginnt. Sätze und Hungerne gibt es dort wie überall: nur daß dort Unterdrückter und zum größten Teil auch die Unterdrückten Juden sind. Was die Hauptperson des Buches in dieser Stadt, dort vor allem im Hotel Savoy als dem Treffpunkt der ausbeuterischen, volutahamsternden, stillschweigend verdrängten Bourgeoisie und zugleich dem Unterschlupfswinkel des

deklassierten Proletariats erlebt, macht ihn, den Individualisten, zu einem Glied der revolutionären Bewegung, die sich schließlich zu blutigem Kampfe erhebt, einem Kampfe, der anarchisch geführt, mit einer Niederlage enden muß. Das Buch ist erfüllt vom Haß des Autors gegen die herrschende Klasse, spannend und kraftvoll geschrieben. Ein Buch der Unterdrückten, das wir den Arbeitern bestens empfehlen können. L. G.

Hilfsbuch für Gemeindevorsteher. Unter diesem Titel gibt das Parteisekretariat Konopitz eine kleine Schrift heraus, die in knapper Darstellung den Aufgabenkreis der Gemeindevorstellung umschreibt. Sie ist in erster Linie als ein Leitfaden für die sozialdemokratischen Vorsteher gedacht und wird den Gewerkschaften, die ohne ausreichende Erfahrung und Gesetzkennntnis zur Arbeit in den Gemeindevorstellungen berufen wurden, manchen wertvollen Wink geben. Die Zusammenfassung der Gemeindevorstellungen, der eigenen wie der überragenden Wirkungsbereich der Gemeindevorstellung, die Tätigkeit der Gemeindevorstellung, des Gemeinderates und des Gemeindevorstehers sind in klippiger Form dargestellt. Weiter enthält die Schrift Anleitungen über die Einberufung und Abhaltung von Gemeindevorstellungssitzungen, Kassaführung, Aufstellung des Voranschlags und der Jahresrechnung. Ein eigenes Kapitel ist den Aufgaben der sozialdemokratischen Fraktionen sowie den Pflichten der sozialdemokratischen Gemeindevorsteher gewidmet. Dann folgt eine Zusammenstellung von Forderungen, deren Durchsetzung die Aufgabe sozialdemokratischer Politik in den Landgemeinden wäre. Den Abschluß bilden einige Musterformulare und Beispiele von Einladungen, Eingaben, Protokollen, etc. Obwohl in dem engen Rahmen dieser Arbeit manches Wesentliche weggelassen mußte — es fehlen z. B. Muster für Vorschläge und Gemeindevorstellungen, ebenso die näheren Bestimmungen über die Tagungsverfassung — wird sie unseren ländlichen Gemeindevorstellungen gute Dienste leisten. Das Büchlein ist zum Preise von 3 K vom Parteisekretariat in Konopitz zu beziehen. J.

Kunst.

Janacek-Ratinee. Als Nachfeier zum 70. Geburtstag Leoš Janaceks, eines der bedeutendsten und sicher des interessantesten lebenden Tonsetzer der Tschechen, veranstaltet die Prager „Rudolfini Matice Umlecke Befehd“ in diesen Tagen zwei eigene Janacek-Konzerte, die ein umfassendes Bild der reichen produktiven Tätigkeit des Meisters auf allen Gebieten der schaffenden Tonkunst geben sollen. Das erste Konzert fand als Ratinee am 23. D. im Weinberger Theater statt. Es ist ein Anerkennungszeugnis für das tschechische Kunstpublikum, daß dieser hervorragenden Veranstaltung so wenig Interesse entgegengebracht wurde. Der ausgezeichnete tschechische Pianist Prof. Hermann spielte den innersten Erleben und wundervollste Stimmung widerspiegelnden Jokus der unter dem Titel „Auf vermachtem Pfad“ vereinigten zehn Klavierstücke und das programmatische Klavierstück „A. X. 1905“. Die Gesangsvereinigung der Prager tschechischen Lehrerinnen sang unter ihrem rhythmisch und dynamisch gleich wirkungsvoll gestaltenden Dirigenten Bednar die „Hradschiner Lieder“ für Frauenchor, deren zweites sich einer Flötenstimme zur Stimmungszusammensetzung bedient, während das dritte zur Verstärkung des inhaltlichen Ausdruckes die Hornbegleitung verwendet. Als Neuheit enthielt die Vortragsordnung eine „Jugend“ benannte Suite für Blasinstrumente, die sich durch originelle Klangfarben auszeichnet. Das Hauptwerk der Ratinee war das tschechisch-dramatische „Tagebuch eines Verschollenen“, die aus 22 Teilen bestehende, für Tenor, Alt, drei Frauenstimmen und Klavier geschriebene, erschütternde Tragödie eines Unterstandenen. Janaceks Musik zu diesem, schon in der Form einzigartigen Lebensroman ist das konzentrierteste im Ausdruck, was dieser Meister bisher geschrieben hat, vielleicht eine seiner besten Konzeptionen überhaupt. Das zweite Konzert am 8. Dezember wird Orchester- und größerer Chorwerke Janaceks bringen. J.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Mittwoch Premiere „Der haarige Affe“; Donnerstag, halb 7 Uhr „Zannhäuser“; Freitag „Der haarige Affe“; Samstag, 2 Uhr Urania-Vorstellung „Rigoletto“, abends „Gräfin Mariza“; Sonntag nachmittags „Fidele Bauer“, abends „Wildschütz“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Mittwoch „Die süßen Griseiten“ und „Bera Violletta“; Donnerstag Gastspiel Kramer „Der Illusionist“; Freitag Banbeamten-Vorstellung „Prozeß Bunterbart“; Samstag „Hidalgo“; Sonntag nachmittags 3 Uhr „Kollappchen“, abends „Der Illusionist“.

Der Film.

„Die Sflavenkönigin“ läuft im Bio Orient vor täglich ausverkauftem Haus. Wegen des großen Andrangs zu den Rassen wird empfohlen, die Karten im vorhinein zu besorgen. 3079

Herausgeber Dr. Ludwig Czoch, Verantwortlicher Redakteur: Wilhelm Kiechler, Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag, Für den Druck verantwortlich: O. Polka.

Aus der Partei.

Tätigkeitsbericht des Klubs der sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren. In den nächsten Tagen wird der Tätigkeitsbericht des Klubs der deutschen sozialdemokratischen Abgeordneten und Senatoren erscheinen. Er befaßt sich im Eingangskapitel mit der allgemeinen politischen Lage Europas in den letzten zwei Jahren, die gekennzeichnet wird durch die langsam vorschreitende, schleichende Kraft der Nationalen und gerade im Laufe des letzten Jahres eine Reihe großer Erfolge erzielt, werden in der Tschechoslowakei die Klassenkämpfe immer noch durch die nationalen Kämpfe verwickelt und entstellt. Unsere Politik kann daher auf keine großen Erfolge auf parlamentarischen Boden rechnen. Von den Fortschritten der Klassenentwicklung im tschechischen Volk hängt es ab, ob auch in diesem Staate die Arbeiterklasse sich einigen und dem Anwachsen der Reaktion einen wirkungsvollen Widerstand entgegenzusetzen kann. Ein weiteres Kapitel ist der Technik des tschechoslowakischen Parlamentarismus gewidmet. Das System der parlamentarischen Regierung, das parlamentarische Arbeit zur Komödie macht und eine Diktatur der Reaktion ermöglicht. Die Regierung Sochla stellt den Versuch dar, diese parlamentarische bis zu den nächsten Wahlen fortzuführen. Ohne jedes ernst zu nehmende Programm trat sie ihr Amt an und verzichtete in der Regierungserklärung auf die Förderung der Sozialisierung, die von den früheren Regierungen noch immer aufgestellt worden war. Grundsätzlich bespricht der Bericht die Tschechisierungsarbeiten der Regierung und un'ren Kampf gegen die Unterdrückung der deutschen Staatsbeamten. Das Schutzesetz und die im Anschluß an dieses eingehende Verschlechterung der demokratischen Verfassungseinrichtungen wurde von unseren Genossen im Parlament energisch bekämpft und scharf kritisiert. Das Heerwesen, das bis weiter im Sinne der militaristischen Politik entwickelte, die reaktionäre Justiz, der Kulturkampf um die Erhaltung der deutschen Schulen, die Sozialpolitik und die Sozialversicherung waren Gegenstände beständigen Kampfes und der Bericht zeigt auf, wie unsere Genossen bemüht waren, die Rechte der Arbeiter und die Interessen der Arbeiterklasse überhaupt zu schützen. Auch auf dem Gebiet der Bau- und Wohnungsfürsorge hat die Regierung so gut wie nichts geleistet. Ein schwerer Kampf war gegen die Agrarpolitik zu führen, die Bodenreform, die lediglich der Tschechisierung dient, zwingt uns noch jetzt, trotz im Alleinkampf die Interessen des Landproletariates zu wahren. An der Steuer- und Finanzpolitik, die auch im Geiste der Politik des tschechischen Finanzkapitals liegt, wurde scharfe und sachliche Kritik geübt. Der Tätigkeitsbericht enthält dann noch den Staatshaushalt in genauen Ziffern und einen Nachtrag, der die Septemberberatung des kurzigen Jahres bespricht. Die Anträge, die von unseren Genossen eingebracht wurden, sind verzeichnet und zum Schluß folgt ein kurzer statistischer Bericht über die Tätigkeit der Nationalversammlung überhaupt. Der Tätigkeitsbericht ist ein Handbuch, das alle un're Funktionen befehlen sollten und das für alle Genossen, die an der Politik der Partei Anteil nehmen, von regstem Interesse ist.

Turnen und Sport.

Vom Arbeiter-Turn- und Sportverband.

Winterportier, Achtung!

Die Meldungen zur Teilnahme an den internationalen Wintersportkämpfen (Teil der 1. Arctischerolympiade) sind bis längstens

1. Dezember

an den Bund zu senden!

Es wird darauf verwiesen, daß die Teilnehmer vier Wochen vorher, das ist am 1. Jänner 1925 durch den Bund namentlich an den deutschen Ausschuss, Leipzig, gemeldet sein müssen!

Die Meldung muß enthalten: Vollen Namen, Alter, Beruf, Verein und Leistung. Die Leistung muß durch den Bezirk bestätigt sein!

Die Ausschreibung der Wettkämpfe befindet sich in der Turnzeitung vom 1. Oktober 1924.

Es wird erwartet, daß sich nur solche Sportler melden, welche für eine gute Leistung voll einstehen können; das gilt besonders für den Sprung.

Der Turnauschuss.



Kalla's Fischkonserven

werden wegen ihrer vorzüglichen Güte und ihrem feinen Geschmacke überall bevorzugt.

Verlangen Sie daher nur Kalla's Fischkonserven in allen Konsumvereinen erhältlich.